ZECK

das info aus der roten flora

Nr. 90 | Juli 2000

Rosa-Luxemburg-Tag
2000
Himmelfahrt 2000
31.5.–04.6.
Frankfurt Main

ES GIBT ZUVIEL ARBEIT

Demonstration

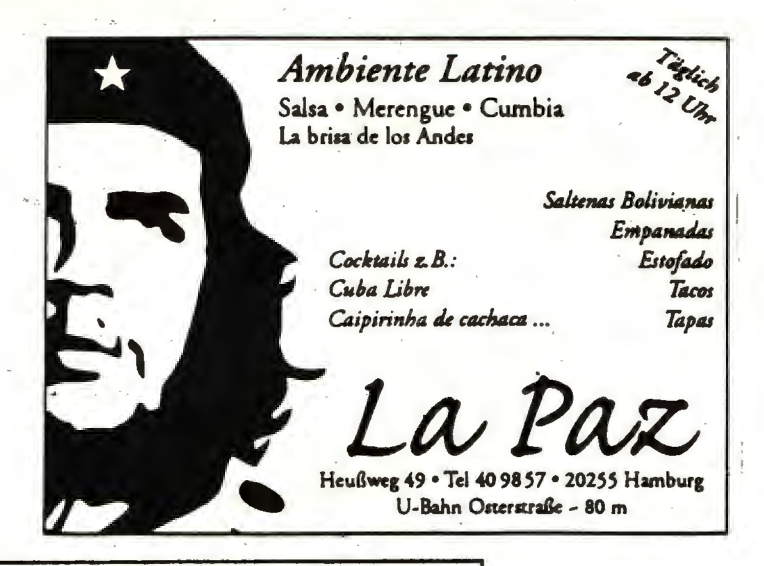
Solifete

CRITICAL MASS

Freitag 26.05.2000

sound system

Prime Club



Meuchefitzer Gasthof Tagungshaus

im Besitz der Belegschaft

Tagungshaus + Kneipe, Restaurant + kl. Bio-Landwirtschaft mit Tieren + 45 Betten, für Gruppen ab 8 Pers. 15 DM + nur Wochenende 20 DM + Kleingruppen u. Einzelpersonen plus 5 DM + Selbst-, Teil- bis Voll- und Vollwert-Verpflegung möglich. Das Haus ist in 3 abgeschlossene Wohnbereiche für 10-12, 20-22 bzw. 13 Pers. mit jeweils eigenen Küchen und Sanitärräumen aufgeteilt.

29482 Meuchefitz
Haus Nr.19
Tel. (05841) 5977
Fax (05841) 6976

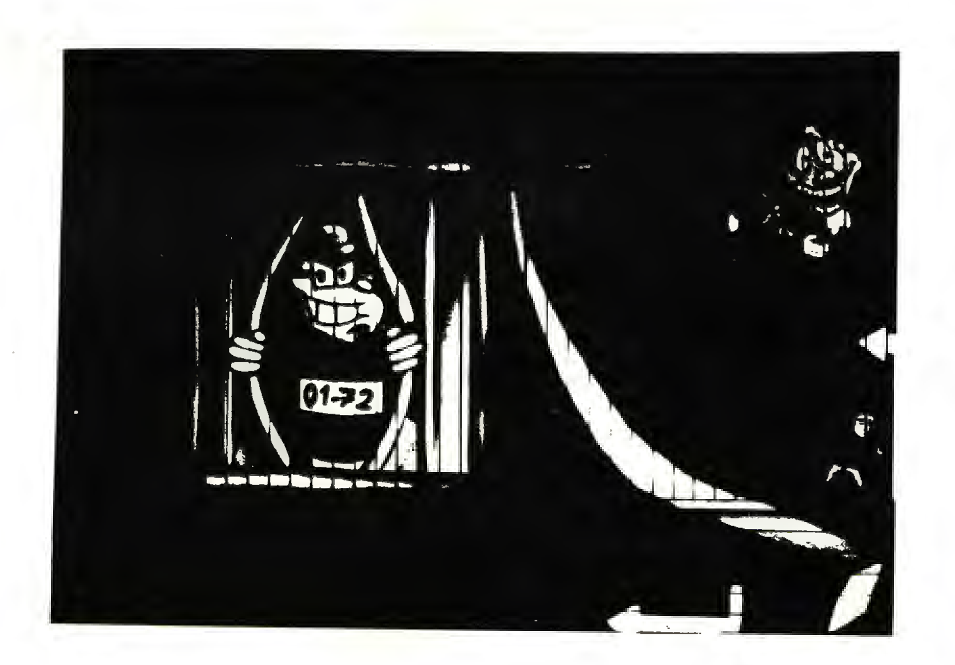
Der neue Männerrundbrief ist da!
Nr.14, Juni 2000

Mit dem Schwerpunkt „**Männer und Therapie**", hierzu u.a. Artikel zu MännerRadikaleTherapie (MRT), Therapie und Klasse,... Ausserdem Buch- und Filmrezensionen, Diskussion um switchboard und unser Verhältnis zur bürgerlichen Männerbewegung

6DM, ab 5 Exe 4DM pro Ex, im Abo 5DM



MRB, c/o IL Bankrott, Dahlweg 64, 48153 Münster
e-mail: MaennerRB@aol.com



No Justice No Peace!

Broschüre gegen die schöne neue Expo-Welt

mit Beiträgen zu Kolumbien (Raul Selik), Mexico (B.A.S.T.A.; Münster), Nigeria (The Voice), Peru (Isac Vilasco), Indien/Nepal (Inhurred; Bremen), Türkei (XXX), BRD (Internationaler AntiExpo2000 Kontakt, München)

Bestellungen gegen 5 DM (20%Rabatt für WiederverkäuferInnen) an: antiexpo2000; c/o Infoladen; Breisacherstr. 12; 81667 München



impressum

V.i.S.d.P.: P.Schulze, Beim grünen Jäger 38, 20357 Hamburg
Kontakt: Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artikel o.ä., möglichst auf Diskette mit beiliegendem Ausdruck, noch möglichster in Word 5.0 bis Word 98 oder als Textdatei (die Disketten können aber nicht zurückgegeben werden!).
Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Redaktionsschluß: ist in der Regel der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im Förderabo für 20 DM pro Quartal. Geld in einem Umschlag an: Zeck, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine großzügige Spende (Briefmarken oder Geld).
Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Name" ist keine Aushändigung im Sinn dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken. (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!)
Spenden und andere Zuwendungen: je nach Umfang der Ausgabe haben wir eine Deckungslücke von 150 bis 200 DM (pro Ausgabe). Ihr merkts schon: Spenden sind also immer noch vonnöten. Wir nehmen Zuwendungen jeder Art gerne entgegen, Gelder aus Banküberfällen o.ä. allerdings nach Möglichkeit nur in gebrauchten Scheinen. Schokoladiges versüßt unsere Arbeitstreffen und läßt die Kommentare versönlicher werden (käuflich sind wir selbstverständlich nicht).
Eigendruck im Selbstverlag

inhalt

kurzes

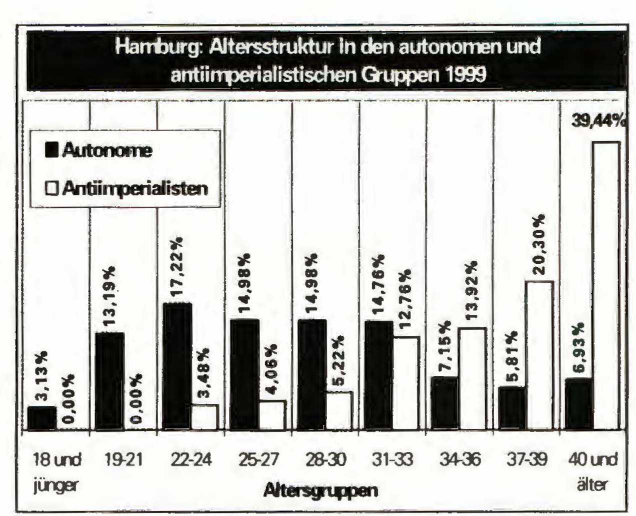
Der Widerstand geht baden !?

Lüneburger AtomkraftgegnerInnen planen Floßfahrt auf der Elbe

Vom 10. Bis 20. August steppt der Barsch, wenn denn in der Elbe noch welche überlebt haben. Leben kommt auf jeden Fall ins Gewässer, denn im August bricht der AK-Floß der LIgA (Lüneburger Initiative gegen Atomanlagen) vom Startpunkt Gorleben zu einer zehntägigen subversiven, lauten, bunten und phantasievollen Floßfahrt für eine strahlenfreie Zukunft auf. Unterwegs sind spaßige und informative Aktionen (Straßentheater, Vorträge, Partys,...) geplant, die ebenso zahlreicher ausfallen, desto mehr Menschen sich beteiligen (Meldet Euch!!).
Nach Zwischenstopps in Hitzacker und anderswo fahren wir dem Höhepunkt entgegen: dem Abschlusscamp auf der Krümmelwiese. Konzert und Party, Büchertische, Volksküche sind in Vorbereitung. Einzelpersonen und Gruppen sind herzlich eingeladen sich einzubringen.
Am 8./9.7. gibt es ein Vorbereitungs- und KennenlernWochenende, an dem wir von Bad Bevensen nach Lüneburg paddeln, unterwegs zelten und Spaß haben. Anmeldung unter 04131/683 163
Infotelefon der LIgA: 04131/48599
http://193.174.46.93/mac/gast/liga/liga.html

Einkleines Schmankerl aus dem aktuellen VS-Bericht

Eine aktuelle Auswertung des Landesamtes für Verfassungsschutz in Hamburg zeigt, dass sich hier inzwischen auch in den autonomen und *„antiimperialistischen"* Strukturen eine schleichende Überalterung vollzieht. Das nebenstehende Schaubild spiegelt mit dem Altersaufbau auch die Schwierigkeiten der Szene wider:



Ein blaues Auge bleibt selten allein

Zu den Ereignissen um die Rote Flora am 1. Mai

Am Abend des 30. April gab es eine Demonstration vom Hamburger Schanzenviertel zum Dammtor-Bahnhof in der Innenstadt. Nach dem Motto "Reclaim the Streets" wurde in Hamburg und anderen Städten gegen den "Neoliberalismus" und für die Aneignung öffentlicher Räume protestiert. Nach der offiziellen Auflösung der Demo gingen die TeilnehmerInnen wieder geschlossen ins Schanzenviertel zurück.

Während der Abschlußkundgebung und auf dem Rückweg gab es einigen Hick-Hack mit der Polizei und ein paar Scheiben wurden eingeworfen. Am gleichen Abend sollte im autonomen Zentrum der Roten Flora ab 22 Uhr ein Konzert mit einer baskischen Band stattfinden. Während die Auseinandersetzungen mit der Polizei weitergingen, wurden etwa zu gleichen Zeit auf dem Schulterblatt ca. 15 bis 20 Meter links und rechts von der Flora brennende Barrikaden errichtet. Nachdem die Polizei Verstärkung, einschließlich Wasserwerfern und Räumfahrzeugen, organisiert hatte, stürmte sie die Barrikaden im Laufe der Nacht mehrmals. Dabei flüchteten sich viele, die hinter den Barrikaden und vor der Roten Flora standen, durch den Haupt- und Seiteneingang in die Rote Flora. Zu diesem Zeitpunkt drang die Polizei noch nicht in die Flora ein, obwohl sie bis unmittelbar vor die Eingänge vorrückte. Nach diesen Angriffen wurden die Barrikaden wieder besetzt und das Spiel ging von vorne los.



Um ca. 2 Uhr am Morgen des 1. Mai zogen sich die Bullen zunächst gänzlich zurück, um dann mit nochmaliger Verstärkung aus Niedersachsen ab 3 Uhr die Rote Flora zu umstellen und abzuriegeln. Während sich ca. 120 Personen im Gebäude verbarrikadierten, forderte die Polizei eine Personalienfeststellung und drohte sonst zu stürmen. Gegen kurz vor sieben verließen alle Leute die Flora und wurden mit Bussen zu einer Polizeiwache gebracht, auf der ihre Personalien aufgenommen und Polaroidaufnahmen von ihnen gemacht wurden. Wie zuvor verhandelt, durchsuchten nach der Aufgabe der Flora zwei Polizisten mit einem Vermittler das Gebäude nach versteckten Leuten. Sie fanden jedoch niemanden und zogen sich dann mit dem gesamten Polizeiaufgebot zurück.

Bei dem Polizeieinsatz handelte es sich nicht, wie es in der Szene heißt, um einen seit langem befürchteten oder gar geplanten "Angriff auf die Flora". Die Reaktion der Polizei lag eher im unteren Bereich dessen, was dieser aus ihrer Logik als folgerichtig erschienen haben mag: Zu Beginn der Auseinandersetzungen wurden diverse Bullen verletzt. Dann mußte sich die Polizei mehrmals zurückziehen, um anschließend die Barrikaden erneut zu räumen. Gleichzeitig hatte sie hinzunehmen, daß sich Militante und Unbeteiligte in die Rote Flora zurückzogen. Erst nachdem umfassende Verstärkung eingetroffen war, bekam sie die Lage unter Kontrolle.

Aus Rache für die "verletzten Kollegen", wegen der Schmach des zwischenzeitlichen Kontrollverlusts und um der feindlichen Institution Rote Flora zu zeigen, wer die Macht im Schanzenviertel hat, wäre von der Polizei eher eine sofortige gewaltsame Räumung der Roten Flora zu erwarten gewesen. Dabei hätte sie, ungestraft von der bürgerlichen Öffentlichkeit, die verbliebenen Menschen in der Roten Flora zur Abstrafung massiv verletzen und die Inneneinrichtung zerstören können. So ging die Hamburger Polizei noch bis Anfang/Mitte der 90'er Jahre bei Auseinandersetzungen um Brokdorf (Hamburger Kessel etc.), den Angriffen auf die Hafenstraße oder der Räumung von Häusern im Schanzen- und Karolienviertel vor.

Am 1. Mai verfolgte die Polizei jedoch, wie seit einigen Jahren, eine kontrollierte und teilweise auch deeskalierende Strategie. Anfang der 90'er Jahre versuchte die Polizei in der Auseinandersetzung um die Hafenstraße noch, eine Eskalation zu provozieren. Wegen nichtiger Anlässen, wie Wandparolen, wurden schwerste Verletzungen von BewohnerInnen in Kauf genommen oder Springer-Kampagnen, nach der die Zentrale der Roten Armee Fraktion (RAF) in der Hafenstraße sein solle, zu massiven Polizeieinsätzen genutzt. Teilweise handelten Einsatzleiter und hohe Polizeiführer mit ihrer Eskalationstaktik dabei gegen ihre politischen Vorgaben und wurden später versetzt.

Ähnlich erging es den paramilitärischen E(Einsatz)-Schichten der Polizei, die zur gleichen Zeit an sozialen Brennpunkten aufgebaut wurden, um brutal für Ruhe zu sorgen. Nach unzähligen Übergriffen mußten sie aufgelöst werden. Sie wurden dann zwar teilweise unter neuem Namen wieder ins Leben gerufen, ihr Nimbus und ihre Unberührbarkeit waren jedoch gebrochen. Anders als beispielsweise in Berlin kam es in Hamburg auch zur strafrechtlichen Verurteilung und damit Suspendierung von Polizisten, die systematisch MigrantInnen oder Presseleute mißhandelt hatten.

Mit dem Wechsel des Bürgermeisterpostens von Voscherau zu Runde vor knapp drei Jahren wurde die Akzentverschiebung hin zu einer flexiblen Befriedungspolitik auch politisch zu einem vorläufigen Abschluß gebracht. Voscheraus Laufbahn als Spitzenmann des rechten SPD-Flügels war nicht unerheblich von der Auseinandersetzung um die Hafenstraße geprägt. Er hatte sich nie damit abfinden können, daß Dohnany in der SPD eine Vertragslösung durchgesetzt hatte. Runde dagegen gilt als "SPD-Linker".

Auch nach den Ereignissen vom 1. Mai und trotz einer massiven Kampagne der Bild-Zeitung und der Welt für einen Abriß der Roten Flora sprechen sich sowohl Innensenator Wrocklage als auch Runde gegen eine Räumung der Roten Flora und für Vertragsverhandlungen aus. Begründet wird dies damit, daß eine Räumung der Roten Flora zu mehr "Unfrieden" im Schanzenviertel führen würde, während es in den letzten Jahren relativ ruhig gewesen sei, da von der Stadt "Dialogangebote" gemacht worden sein. Ganz direkt wird auch auf mögliche Auseinandersetzungen um die Erweiterung des Messegeländes in das Schanzen- und Karolienviertel verwiesen. Die Repressionspolitik müsse vielmehr in ein "Stadtentwicklungskonzept" integriert wer-

den.
Einer liberalen beziehungsweise "linken" SPD Politik liegt also die altbekannte Umstrukturierungspolitik zugrunde: Forciert von Stadtentwicklungsgesellschaft und Standtenwicklungsbehörde bis hin zum "Neuner-Gremium" (das heißt den Chefs) der Bezirke und dem lokalen Zusammenschluß der Geschäftsleute soll das Schanzenviertel weiter ökonomisch aufgewertet und die Bevölkerung entsprechend "durchmischt" werden. Dabei soll unmittelbare Gewalt aus Sicht des Senates nur insoweit angewandt werden, wie es nötig ist, um nicht das Gesicht zu verlieren. Und vor allem soll sich an der Polizeigewalt kein weitergehender politischer und militanter Widerstand entzünden. Dabei wird, angeleitet durch den Verfassungsschutz, auch auf eine Spaltung in eine kulturelle und eine politische Szene gesetzt. Die Rote Flora soll sich so "stabilisieren" und damit befriedet werden. Insofern meint die SPD aus vergangenen Auseinandersetzung in den Sadtteilen gelernt zu haben.
In dem Umgang des Hamburger Senats mit dem 1. Mai ist also keine Eskalation gegenüber der Roten Flora zu sehen. Es ist nicht auszuschließen, daß sie die relative Schwäche der Linken um die Rote Flora nutzen, um jetzt die Vertragsverhandlung zu beschleunigen und wenn möglich zu einem Abschluß zu bringen. In eine repressive Offensive gehen sie jedoch nicht, obwohl sich aus ihrem Blickwinkel sicherlich einiges ausprobieren ließe.
In der Bewertung der Ereignisse vom 1. Mai aus linker Sicht ist zunächst zu klären, welchen Stellenwert die Rote Flora in unserem Gefüge besitzt: Die Rote Flora ist das letzte größere staatsferne Projekt der radikalen Linken in Hamburg. Im Gegensatz zu linken Wohn- oder Ladenprojekten besitzt sie keine Verträge. Noch ist sie, wie zuletzt die Diskussion um harte Drogen und Rassismus im Schanzenviertel gezeigt hat, für die Herrschenden politisch unberechenbar und damit nicht endgültig befriedet. Die Rote Flora ist Anlaufpunkt für diverse politische Projekte beziehungsweise Gruppen und bietet diesen teilweise dauerhaft eine kostenlose räumliche Infrastruktur. Sie ist auch das einzige Gebäude in Hamburg, in dem problemlos größere Soli-Parties oder Plenas abgehalten werden können. Für jüngere Leute stellt sie eine der immer weniger werdenden Möglichkeiten dar, mit der linken Szene aktiv in Kontakt zu kommen.
Gerade für eine autonome beziehungsweise radikale Linke, die ihre Politikformen aus den Achtzigern und frühen Neunzigern ins Jahr 2000 gerettet hat, besitzt die Rote Flora eine nicht zu unterschätzende Bedeutung. Während große Teile der Linken perspektivlos sind, wie dem ökonomischen und sozialen Wandel mit einer Ausdehnung und Verbreiterung sozialer Kämpfe begegnet werden kann, ist die Flora einer der wenigen Punkte, über die sich überhaupt noch Selbstorganisierung und inhaltliche Auseinandersetzung mit den aktuellen gesellschaftlichen Verhältnissen organisiert. Sie ist damit in Hamburg eines der letzten Laboratorien herrschaftsferner Politik und trägt dazu bei, daß die Erfahrungen mit autonomen Politikformen nicht völlig abreißen. Gäbe es die Rote Flora in ihrer bisherigen Form nicht mehr, würde die Atomisierung und Desorganisierung in der Szene noch viel mehr um sich greifen.
Vor diesem Hintergrund ist der Bau von Barrikaden links und rechts von der Roten Flora eine politische Dummheit. Um sich gegen Provokationen der Polizei zu wehren oder um im Rahmen des "Reclaim The Streets" den Protest auf die Straße zu tragen, hätte auch ein anderer Ort im Schanzenviertel oder außerhalb desselben gewählt werden können. Jede/r die/der nicht das erste Mal an militanten Auseinandersetzungen beteiligt ist, hätte klar sein müssen, dass Barrikaden an der Flora diese auch gefährden. Sei es, dass sie von den bürgerlichen Medien massiv angegriffen wird, oder daß die Rote Flora auch unmittelbar in die militanten Auseinandersetzungen verwickelt wird. Auf beiden Ebenen haben wir zur Zeit wenig entgegenzusetzen, so dass ein solches Verhalten, wenn es hart auf hart kommt, die Rote Flora konkret in ihrer Existenz gefährdet. Und das ist ein paar Stunden Randale mit der Polizei nicht wert.
Auch stellt sich die Frage, was die Randale vom 1. Mai denn bewirken sollte? Einen politischen Zweck erfüllen Barrikaden in der Regel dann, wenn sie etwas verteidigen (besetzte Häuser) oder eine Route blockieren sollen (Atommülltransporte). Beides war vor der Roten Flora nicht gefragt. Der Rückeroberung des öffentlichen Raumes ist auch nicht sonderlich gedient, wenn sich nur ein paar Militante in der so geschaffenen Zone aufhalten können. Die nächtliche Vertreibung des Yuppiepacks aus den der Roten Flora gegenüberliegenden Cafés wäre vielleicht der bessere Weg gewesen, um den Marginalisierungs- und Verdrängungsprozessen symbolisch etwas entgegen zu setzen.
Vor nicht all zu vielen Jahren wäre auch klar gewesen, daß sich Militante Gedanken darüber machen, wohin mensch sich zurückzieht, wenn die Polizei zu mächtig wird. Der Schluß hätte nahe gelegen, dass dies nicht die Rote Flora sein kann, da die Repressionsprobleme dann nur auf die Rote Flora abgewälzt werden. So viel Verantwortlichkeit unter Linken sollte vorausgesetzt werden können. Auf keinen Fall ist die Flora dazu da, per se als Rückzugsraum für militante Aktionen zu dienen. Das kann sie bei den gegenwärtigen Kräfteverhältnissen nicht leisten.
Etwas anderes wäre es, wenn sich beispielsweise in den Diskussionen um die Vertragsverhandlungen herauskristallisieren sollte, das die Staatsferne auch um den Preis einer möglichen Räumung nicht aufgegeben werden sollte. Dann wäre das Risiko der existentiellen Gefährdung der Roten Flora das Ergebnis eines kollektiven Diskussionsprozesses, in dem politisch entschieden wurde, dass die Verstaatlichung nicht hingenommen wird. Unter solchen Umständen wäre eine militantere Auseinandersetzung die Folge einer relativ klaren politischen Bestimmung. Der Barrikadenbau vom 1. Mai entzieht sich dagegen im Zusammenhang mit den Existenzfragen der Roten Flora jeglicher politischer Bestimmung.
Während der Hamburger Senat eine integrierte Strategie von Repression und Umstrukturierung verfolgt, gibt es auf der Seite der radikalen Linken keine entsprechende Abstimmung von Militanz und politischer Situation. Das führt wie jetzt in die Defensive und unter Umständen auch in die nächste schwere Niederlage.
Diese Problemstellung wird jedoch innerhalb der Szene kaum diskutiert. Das liegt nicht nur daran, dass Leute vor einer Kriminalisierung geschützt werden sollen. Unsere Einschätzung nach drückt dies auch den Zerfall der politischen Reflektionsfähigkeit in der radikalen Linken aus. Eigentlich müßten sich diejenigen rechtfertigen, welche die Randale vor der Roten Flora organisiert haben. Statt dessen wird das Problem ausgeklammert. Wir wünschen uns deshalb eine Diskussion, sei es schriftlich oder noch besser, im unmittelbaren Austausch, soweit dies möglich ist.

Die drei von der Tankstelle

Wichtig!

Der Ermittlungsausschuß (EA) Hamburg benötigt Informationen über Festnahmen und Verletzungen im Rahmen der Ereignisse im Schanzenviertel in der Nacht zum 1.Mai.
Wenn ihr festgenommen worden seid, Verletzungen davongetragen habt, oder von Verletzten/Festgenommenen wisst, setzt Euch bitte möglichst bald mit uns in Verbindung. Unser Postfach befindet sich im Schwarzmarkt (KL. Schäferkamp 46, Öffnungszeiten Mo, Mi, Fr 14-19.30 Uhr und Sa 12-15 Uhr). Es kann dann gemeinsam in Zusammenarbeit mit AnwältInnen ein eventuelles juristisches Vorgehen bestimmt werden. Auf keinen Fall solltet Ihr auf eigene Faust juristische Schritte einleiten, weil Ihr Euch damit unter Umständen selber der Gefahr strafrechtlicher Verfolgung aussetzt.
Remember the number: EA Hamburg 40 18 79 20
Wichtiger Nachtrag: **Dringend gesucht wird ein junger Mann, der sich am 1.5. gegen 0.00 Uhr an der Rampe zum Seiteneingang aufhielt und zusammen mit einer Frau von den Bullen zusammengeknüppelt wurde. Die Frau wurde schwer verletzt und braucht für eine evtl. Strafanzeige dringend Zeugenaussagen.**

3. antirassistisches Grenzcamp

vom 29.7. - 6.8. 2000 in Forst/ Brandenburg

"Was mir besonders auffällt: Man sieht keine Ländergrenzen. Ich habe schlagartig begriffen, dass die auf Landkarten eingezeichneten Grenzlinien Geburten in den Köpfen von Menschen sind."
(Ulf Merbold, Astronaut)

Einen Ausflug ins All können wir leider nicht anbieten. Jedoch besteht beim Camp trotzdem die Möglichkeit, sich der oben zitierten Erkenntnis zu vergewissern.

Ein Mensch überquert die Neiße und es sind keine unsichtbaren Mächte oder Kräfte, die sein Ankommen in der Bundesrepublik Deutschland verhindern. Diejenigen, die das besorgen, haben Namen und Ränge. Sie sind aus Fleisch und Blut und verstecken sich hinter Pflichterfüllung sowie nationaler bzw. europäischer Verantwortung: BGS. Bundesinnenministerium. Zentrale Ausländeraufnahmestelle. Andere vollstrecken den Willen schweigender Mehrheiten, indem sie in der Sprache der Gewalt Menschen anderer Hautfarbe, Nationalität oder Weltanschauung angreifen und gelegentlich totschlagen: Deutsche Neonazis und FaschistInnen. Viele tun ihren Teil dazu, indem sie wegsehen und schweigen oder gar die Opfer denunzieren: Deutsche StaatsbürgerInnen.

Diese Zusammenballung von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und gesellschaftlichem wie staatlichem Verfolgungsinteresse nennen wir das Grenzregime.

Gegen dieses Ensemble bundesrepublikanischen Alltags veranstalten wir erneut ein Camp an der polnisch-deutschen Grenze. Der staatliche Rassismus per Arbeitsverbot, Abschiebung, Internierung, eingeschränkter Bewegungsfreiheit und polizeilicher Verdächtigung wird ebeso Thema sein wie die rassistische Einstellung und Stimmungsmache an Stammtischen und in Wohnstuben.

Das Camp prüft auch das Handlungskonzept "Tolerantes Brandenburg" von der Landesregierung. Wir bieten ein Forum der Kritik für diejenigen, die in diesem Konzept keine Stimme haben oder kein Gehör finden. Sie sind herzlich eingeladen, mit ihren Wünschen und Forderungen teilzunehmen. Unser Interesse ist eindeutig:

* Parteinahme für die Interessen von Flüchtlingen und Einwander/er/innen.
* Ermutigung, Unterstützung und Zusammenarbeit von und mit Initiativen, die dem rassistischen Straßenterror, schikanösen Ausländerbehördenalltag und der Menschenjagd an der Grenze Einhalt gebieten wollen.
* Eine öffentliche Kritik der Verhältnisse, die solche Zustände hervorbringen.
* Die Störung und Verunsicherung des Grenzregimes.

Auch dieses Jahr wollen wir ein Treffen von Freundinnen und Freunden politischer und kultureller Diskussion und Aktion. Das Zusammenkommen verschiedener persönlicher, kultureller und politischer Eigenarten und Erfahrungen ist beabsichtigt. Ein wichtiges Anliegen ist uns die Selbstorganisation der TeilnehmerInnen. Wir erwarten, dass Verantwortung im Campalltag übernommen wird und wir wünschen eine freimütige Einstellung, die hoffentlich eine ideenreiche Praxis und anregende Begegnungen fördert.

Das Camp planen wir als Schauplatz politischer und kultureller Intervention an einer Grenze, die in Europa die Teilhabe am Wohlstand oder die Verurteilung zur Armut markiert.

Beim ersten Mal - 1998 - fand das Camp noch unter dem Kohl-Kabinett statt. Etwaige Hoffnungen auf Veränderungen in der Flüchtlings- und Einwanderungspolitik durch den Regierungswechsel wurden jedoch umgehend enttäuscht

Die rotgrüne Koalition hat in Sachen Abschiebung und Internierung die Linie der CDU/CSU-Innenminister fortgeführt. Die grundlegende Änderung des Staatsbürgerschaftsrechtes wurde unter dem Druck der rassistischen Unterschriftenkampagne der CDU kampflos ad acta gelegt. Übrig blieb eine windelweiche Modernisierung. Die gegenwärtige greencard-Debatte lässt keine prinzipiellen Änderungen im Verhältnis zu EinwanderInnen und Flüchtlingen erwarten. Als Menschen und PartnerInnen werden sie in dieser Diskussion nicht respektiert, sondern nach ihrer Nützlichkeit für die bundesrepublikanische Wirtschaft begutachtet.

Das Land Brandenburg ist Ziel, weil dort sowohl die Brutalität rassistischen Alltags als auch das Kalkül der Eliten so charakteristisch für die Situation in Deutschland ist. Die Stadt Forst hat 1994 traurige Bekanntheit erlangt, als dort mehrere Flüchtlinge in der Neiße ertranken. Aufschlussreich ist das Handlungskonzept "Tolerantes Brandenburg" der Landesregierung. Sie besitzt die Unverfrorenheit über Rechtsextremismus sowie Fremdenfeindlichkeit in der Gesellschaft zu sprechen und von der staatlichen Verantwortung für rassistische Diskurse, autoritäre Sicherheitsfantasien, Abschiebungen, Internierungen und polizeiliche Aufrüstung zu schweigen. Des Weiteren kreuzen Einwanderungsrouten nach wie vor die polnisch-deutsche Grenze. Sie kennzeichnet das Gebiet eines Grenzregimes, in dem oben und unten in der Regel einträchtig kollaborieren. Zum Beispiel rotteten sich vor einigen Jahren in Forst EinwohnerInnen zu einer Bürgerwehr zusammen, unterstützt und gebilligt vom Bundesgrenzschutz (BGS). Überdies ist die personelle und finanzielle Kooperation des BGS mit der polnischen Grenzpolizei ein Exempel für die Abschottungspolitik der Europäischen Union (EU) abseits einer öffentlichen Diskussion und Einflussnahme.

Das Camp stellt die öffentliche Ordnung des Grenzregimes grundsätzlich in Frage. Es ist damit schnell ein politisches Spektakel mit Unterhaltungswert geworden. Ebenso schnell sind dabei die gegenwärtigen Beschränktheiten linker Gesellschaftskritik offenkundig geworden. Ein Merkmal davon ist die überwiegende deutsche Nationalität der TeilnehmerInnen. Die Ablehnung des Rassismus in seiner gesellschaftlichen wie staatlichen Ausprägung tragen wir zwar mit großer Verve vor, jedoch ist der politische Wille zur Veränderung - und wenn welcher - nur als Aufblitzen sichtbar. Bei unseren beiden Camps haben wir feststellen können, dass nicht viele Menschen Flüchtlingen und EinwanderInnen Hilfe gewähren oder ihnen beistehen. Ebenso wenig gibt es die Bereitschaft, die Befugnisse des BGS zu kritisieren. Selten gibt es Menschen, die Menschen anderer Herkunft und Hautfarbe die gleichen Rechte zugestehen, wie sie sie selbst in Anspruch nehmen. Wir sagen, Rassismus ist ein Problem von uns - der deutschen Mehrheitsgesellschaft. In ihr sind wir



Opposition und unsere krasse Minderheitenposition ist ein Motiv für den Wunsch und die Suche nach Verbündeten. Einerseits sind wir geprägt von rassistischen Stereotypen aus Erziehung und Alltag sowie Profiteure dieser Ordnung. Andererseits sind wir entschlossen, Rassismus weder als naturgegeben noch gesellschaftlich unveränderlich hinzunehmen. Die Fluchten in diverse gesellschaftliche Nischen - egal ob subkulturell, feministisch, autonom begründet - sind keine politische Antwort auf den rassistischen Angriff der Mehrheitsgesellschaft. Sie sind ebenso kaum Hilfe zum Überleben für die Angegriffenen. Diese Hilfe zu organisieren, eine Gegenöffentlichkeit zu verstärken, braucht die Zusammenarbeit der verschiedensten Anstrengungen für offene Grenzen und gleiche politische und soziale Rechte. Dafür soll das Camp ein Forum sein und Kräfteverhältnisse ändern.
In diesem Rahmen muten wir den lokalen Autoritäten, der Bevölkerung, dem BGS und den Institutionen von Wirtschaft und Politik erneut freches Auftreten, fantastische Forderungen und utopische Vorstellungen zu. Die heimeligen Natur- und KleinbürgerInnenidyllen werden wir auf ihren barbarischen Gehalt samt der stillschweigenden Duldung und Verharmlosung abklopfen. Wir warten fieberhaft auf die Erklärung, warum in Gegenden, in denen kaum Menschen anderer Nationalität oder Hautfarbe leben, diese schuld sein sollen an Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit. Wir werden klarstellen, dass auch in den Gegenden, wo sie leben, die Verantwortung bei anderen liegt.
Unser Kapital werden harte Fakten und der Fundus des linken Anti-Establishment sein. Sachliche Aufklärung korrespondiert mit hinterhältigem Schabernack. Die Campzeitung wird per Webjournal aller Welt zugänglich sein und dort ist auch das Geschehen vor Ort zu verfolgen. Video- und FotokünstlerInnen dokumentieren Szenen, die jeder Beschreibung spotten. RadiopiratInnen attackieren die Lufthoheit des öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunks im Äther. Menschenaufläufe blockieren Straßen, definieren den öffentlichen Verkehr neu und enthüllen den ganz eigenen Charme absurder Begegnungen. AktivistInnen schrecken vor keinem Experiment zurück, Vorurteile bloßzustellen. PolitstrategInnen nutzen jede Taktik, um dem BGS das Leben schwer zu machen. Und zu guter Letzt sind wir uns nicht zu schade, unseren eigenen Müll wegzuräumen, um einen guten Eindruck zu hinterlassen.

See ya.
die Camporganisation

Gleiche Rechte für Flüchtlinge und Einwander/er/innen !
Offene Grenzen !
Ende der Abschiebungen !
Für Fluchthilfe !

Kontakt: c/o FFM, Stichwort: Grenzcamp 2000, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin,
Email: FFM@snafu.de
http://www.nadir.org/camp00

Am 4.7. um 21.00 Uhr gibt's in der Roten Flora den Film vom Grenzcamp 1999 in Zittau zu sehen.

Deportation.Class

Aktionen auf der Lufthansa-Aktionärsversammlung

Der Mann mit dem Megafon sieht aus wie ein Pilot, der in seiner langen Laufbahn schon viele Abenteuer erlebt hat. Einer, der auf den Langstrecken zu Hause ist und die Airports dieser Welt wie seine Westentasche kennt. "Wir sind heute hier, um gegen die "Deportation.Class" zu protestieren!" bellt er den Aktionären entgegen, die gerade die Rolltreppe zum Kongresszentrum ICC hochkommen.
In ein paar Minuten soll hier die Hauptversammlung der Deutschen Lufthansa AG stattfinden. Doch zuvor dürfen die Klein- und Großaktionäre miterleben, wie es aussieht, wenn ein Schübling gefesselt und geknebelt in einem Rollstuhl an Bord einer Lufthansa-Maschine gebracht wird. Vor dem Eingang zum ICC hat sich ein Spalier gebildet von DemonstrantInnen, die Transparente mit zornigen Parolen hochhalten, adrett gekleideten FlugblattverteilerInnen und vermeintlichen Stewardessen, die Unterschriften für ein Unternehmenskonzept ohne Abschiebungen namens "Fair Fly" sammeln.
Dass die Aktionärsversammlung der Lufthansa am 16. Juni in Berlin überschattet sein würde von Protesten, war absehbar. Seit Anfang März ist die Fluggesellschaft mit einer Kampagne konfrontiert, die erbittert gegen Abschiebungen auf Linienflügen kämpft. Dass das jährliche Aktionärstreffen aber in turbulenten Szenen gipfeln und einem kleinlauten Eingeständnis des Vorstandsvorsitzenden enden würde, dürfen die Abschiebungsgegner getrost als grossen Erfolg verbuchen.
Schon als der Aufsichtsratsvorsitzende XY vor angeblich 4500 AktionärInnen die Hauptversammlung eröffnete, kam er nicht umhin, die Proteste der AbschiebungsgegnerInnen ein erstes Mal zu würdigen. Er kündigte an, die Versammlungsleitung werde es nicht dulden, wenn die Aktionärsversammlung zu einem Forum für Asylpolitik umfunktioniert werde. Kaum hatte XY den Satz beendet, da sprangen auch schon die ersten Abschiebungsgegner im Saal auf und breiteten vor dem Podium mehrere Transparente aus, in denen die Lufthansa "Deportation.Class" scharf angegriffen wurde. Ein Spruchband erinnerte an Aamir Ageeb und Kola Bankole, die beide bei Abschiebungen an Bord von Lufthansa Maschinen umgebracht wurden. Handgreifliche Auseinandersetzungen im Blitzlichtgewitter der zahlreichen Fotografen war garantiert nicht das, was die Lufthansa AG sich erträumt hatte für ihre jährliche Hauptversammlung - das drei Millionen Mark teure "Schaufenster des Konzerns", wie es ein Mitarbeiter am Rande der Konferenz so treffend ausgedrückt hatte. Mit einem Live-Webcast wurde der öffentliche Teil der Veranstaltung zudem im Internet übertragen.
Auch Vorstandsvorsitzender Weber wurde in seinem etwa einstündigen Geschäftsbericht mehrfach mit Spruchbändern, Sprechchören und Zwischenrufen aus dem Konzept gebracht. Die eilig einschreitenden privaten Sicherheitskräfte brauchten jeweils mehrere Minuten, um Weber wieder die Aufmerksamkeit der versammelten Reaktionäre zu verschaffen: Wütende Rentner in grauen Blousons und alter Berliner Frontstadtmentalität versäumten keine Gelegenheit, ihrem Konzern einen Bärendienst zu erweisen und sich mit den besonnen und entschlossen auftretenden DemonstrantInnen zu rangeln, die sich für ihren großen Auftritt fein herausgeputzt hatten.
Am Ende seines Geschäftsberichts ging Weber nochmals auf die seit drei Monaten andauernde Kampagne gegen die "Deportation.Class" ein. Lufthansa sei Opfer ungerechtfertigter Angriffe, weil das Unternehmen mittlerweile keine Schüblinge "gegen deren erklärten Widerstand" transportiere. Ausserdem gälte es die gesetzlich vorgeschriebene Beförderungspflicht einzuhalten. Schon im Vorfeld der Veranstaltung hatten die Aktivisten von "kein mensch ist illegal" darauf hingewiesen, dass solche Erklärungen das Papier nicht wert seien, auf dem sie geschrieben stünden. Sie fordern den unwiderruflichen Ausstieg aus dem Abschiebungsgeschäft. Die Lufthansa sei mitverantwortlich für die zwangsweise Verschleppung von 10.000 bis 20.000 Menschen pro Jahr und liesse sich diese Dienste auch noch gut bezahlen.
Die Münchner Rechtsanwältin Gisela Seidler hielt Weber in der anschließenden Diskussion des Geschäftsberichtes entgegen, die vermeintliche Beförderungspflicht sei auf Betreiben der Lufthansa schließlich auch für tropische Ziervögel aufgehoben worden. Seidler wollte von Weber einige präzise Fragen beantwortet wissen: Was etwa dran sei an den unbestätigten Informationen, die Lufthansa verhandele hinter verschlossenen Türen längst mit dem Innenministerium über einen Ausstieg aus der "Deportation.Class".

Einen Schritt weiter ging der Konstanzer Internet-Forscher Reinhold Grether, einer breiteren Öffentlichkeit besser bekannt als "agent.NASDAQ". Grether war einer der Feldherren im "Toywar", als es einer Massenbewegung von Internet-Aktivisten gelang, einen der größten Internet-Händler in die Knie zu zwingen. Grether rechnete der Unternehmensleitung vor, welchen immensen Schaden ein Konzern nehmen könne, wenn er Zielscheibe einer intelligent organisierten Kampagne werde. Virtuelle Protestformen, die sich darauf beschränken, das Image der jeweiligen Marke zu verschmutzen, und darüberhinaus auch noch neue Formen des Online-Protestes einsetzen, können auch Umsatzriesen wie die Lufthansa in ernste Gefahr bringen. Totenstille herrschte im Saal, als Grether seine Ausführungen mit einem großzügigen Angebot schloss: Er könne die Lufthansa gerne einmal kostenlos beraten, falls sich die Konzernleitung der Risiken bewusst werden wolle, auf die sie durch das Beharren auf der "Deportation.Class" zusteuere.

Den AktionärInnen, die sich vor ein paar Stunden noch über 1,10 DM Dividende pro Aktie angesichts eines lustlos vor sich hindümpelnden Kurses freuen konnten, war der Schreck in die Glieder gefahren. Die Versammlungsleitung verlor völlig die Fassung, als ein paar Minuten später ein weiterer Vertreter der Kampagne "kein mensch ist illegal" ans Rednerpult trat. Dieser konnte gerade einmal zwei Sätze sprechen, doch sobald er den Namen des vor fast genau einem Jahr getöteten Lufthansa-Schüblings Aamir Ageeb aussprach, verbot ihm der Aufsichtsratsvorsitzende reichlich ungehobelt und ungehalten das Wort. Ein ohrenbetäubendes Gejaule brach in der Aktionärsmenge aus. Die Sicherheitskräfte, die an diesem Tag jede Menge Verdrängungsarbeit zu erledigen hatten, stürzten sich auf den Aktvisten und schleppten ihn aus dem Saal.

Spätestens jetzt gab es eigentlich nurmehr ein Thema auf dieser Hauptversammlung: Abschiebungen auf Lufthansa-Linienflügen. In den Gängen, auf den Toiletten, in den Warteschlangen vor den Ständen, an denen sich die AktionärInnen ihre Naturalien-Dividende abholen konnten - die Deportation.Class war Gegenstand aller Gespräche und heftiger Auseinandersetzungen. In der Einladung zur Hauptversammlung mußte die Lufthansa bereits die Webadresse der AbschiebungsgegnerInnen veröffentlichen: "http://www.deportation-alliance.com" war die schlichte Begründung eines Antrages auf Nicht-Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat, die vierhunderttausend Mal an AnteilseignerInnen in aller Welt verschickt wurde.

Mit jedem Redner, der drinnen im Saal erneut auf die Protestaktionen einging oder gegen die neuerdings Aktien haltenden AktivistInnen wetterte, verdichtete sich der Eindruck: Wenn es nicht schon längst der Fall ist, spätestens nach dieser Hauptversammlung hat Lufthansa ein gewaltiges Image-Problem. Ein besorgter Aktionär brachte auf den Punkt, wofür es zumindest an diesem Tag längst zu spät war: "Ich möchte nicht, dass am nächsten Morgen in allen Zeitungen steht, die Lufthansa habe kein Herz".

War es blosse Schadensbegrenzung oder bereits eine geschickt eingeleitete Rückzugsstrategie, wenn Vorstandschef Weber am Ende der Veranstaltung erstmals klipp und klar eingestand: "Wir werden mit dem Innen- und dem Verkehrsministerium über eine Entbindung von der Beförderungspflicht verhandeln." Die AktivistInnen von "kein mensch ist illegal" und der "Dachverband der Kritischen Aktionäre", die die Proteste auf der Hauptversammlung organisiert hatten, fühlen sich durch diese Aussage jedenfalls weiter bestätigt.

"Um der Lufthansa AG bei ihren sicherlich schwierigen Verhandlungen mit dem Innen- und Verkehrsministerium nachhaltige Unterstützung und entsprechende Rückendeckung zu geben, werden wir unsere Beziehungen zu dem Konzern durch weitere Auftritte und Besuche bei Lufthansa festigen", hieß es auf einer tags darauf stattfindenden Konferenz der "kein mensch ist illegal"-AktivistInnen. Geplant sind Aktionen am Lufthansa Pavillon auf der Expo und vor allem eine Intensivierung der Internet-Aktivitäten.

Schon bald soll eine Datenbank Gruppen und Einzelpersonen zusammenbringen, die entweder Aktionsideen mit sich herumtragen, diese aber aufgrund mangelnder Kenntnisse, Informationen oder entprechender Mitteln nicht alleine durchführen können, oder die über das gefragte Know-How verfügen, aber bislang vergeblich den politischen Kontext suchten. Eine solches Projekt nach dem Vorbild der usamerikanischen AktivistInnen-Gruppe "RTmark" könnte der Kampagne gegen die "Deportation.Class" eine kaum mehr zu zügelnde Dynamik verleihen. Ausserdem steht in Kürze eine neue Generation von Skripten und Programmen für regelrechte "Online-Demonstrationen" und höchst effektive "Virtuelle Sit-Ins" zur Verfügung.

Lufthansa-Chef Webers Tagträume vom unaufhaltsamen Siegeszug der neuen Technologien mögen hierfür den entscheidenden Anstoß gegeben haben. Schließlich plant der Konzern bis zum Jahr 2005 40 Prozent aller Buchungen über das Internet abzuwickeln. Dass sich hier ungeahnte Betätigungsmöglichkeiten gerade auch für konzernkritische Kreise ergeben dürften, wird ihm wohl erst nach seiner Rede in den Sinn gekommen sein.

Kurz bevor die Aktionärsversammlung über den Antrag, Vorstand und Aufsichtsrat wegen der Verwicklung in das Abschiebungsgeschäft nicht zu entlasten, abstimmte, machte Weber eine allerletzte Einlassung zum Thema "Deportation.Class": Niemand möge bitte den an allen Flughäfen und vor Reisebüros verteilten Werbebroschüren der "Deportation.Class" Glauben schenken. Es handele sich um böswillige Fälschungen.

Wie es den Anschein hat, haben diese ihren Zweck aber mehr als erfüllt. Daran änderte dann auch die Abstimmungsniederlage nichts, die sich der "Dachverband der kritischen Aktiomnäre" ganz am Ende des langen Tages einholte: Ganze 0,19 Prozent der Stimmen votierten für den Antrag auf Nicht-Entlasung des Vorstandes. Repräsentative Logik liegt den AktivistInnen reichlich fern. Schließlich warten wesentlich effizientere und attraktivere Interventions-Möglichkeiten jenseits der herkömmlichen politischen Rituale.



Deportation Class

Ein Albtraum vom Fliegen

Dass die Aktionärsversammlung der Lufthansa am 16. Juni in Berlin überschattet sein würde von Protesten, war absehbar. Seit Anfang März ist die Fluggesellschaft mit einer Kampagne konfrontiert, die erbittert gegen Abschiebungen auf Linienflügen kämpft.

Wichtige Informationen Für alle Lufthansa Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Eine kleine Chronologie der Verhaftungen und Durchsuchungen wegen RZ

Seitdem im Dezember letzten Jahres die Bullen mit eine riesigen Aufgebot den Mehringhof in Berlin gestürmt und am selben Tag drei Leute (Axel Haug, Harald Göde und Sabine E.) mit dem Vorwurf an Anschlägen der Revolutionären Zellen beteiligt gewesen zu sein festgenommen hatte, laufen die Ermitlungen und Verhaftungen im letzten halben Jahr zwar etwas weniger spektakulär aber stetig weiter.
Schon im Herbst letzen Jahres wurde in Frankfurt Rudolf Schindler verhaftet, dem von der Bundesanwaltschaft (BAW) vorgeworfen wird, an der Entführung der Opec-Minister 1975 in Wien beteiligt gewesen zu sein. Seine Verhaftung geht wohl - wenn man den Presseberichten Glauben schenken darf - auf die Aussagen des im Mai 1999 von Frankreich ausgelieferten RZ-Aussteigers Hans-Joachim Klein zurück, der sich schon 1979 in seinm Buch »Rückkehr in die Menschlichkeit« von den damaligen Aktionen der RZ distanziert hatte.
Ende November 1999 ließ die BAW dann bei einer bundesweiten Razzia acht Wohnungen durchsuchen. Im Zuge dieser Aktion wurde dann auch der inzwischen als Kronzeuge agierende Tarek Mousli verhaftet, dem neben »Rädelsführerschaft und Mitgliedschaft in der RZ« vorgeworfen wird, er habe in einem von ihm gemieteten Keller Sprengstoff gelagert, der bei Anschlägen der RZ verwendet worden sei. Bei einer Durchsuchung dieses Kellers im März 1998 wurd allerdings weder der Sprengstoff noch Sprengstoffspuren gefunden.
Zwei weitere Verhaftungen gab es Mitte Januar 2000 in Paris. Dort wurden Sonja Suder und Christian Gauger festgenommen. Auch ihnen wird die Beteiligung an der Opec-Aktion vorgeworfen. Nach zweieinhalb Monaten Knast wurden die beiden inzwischen wieder gegen Kaution freigelassen.
Zwei weitere Verhaftungen gab es im April und im Mai diesen Jahres.
Am 18. April wurde Matthias B. in seiner Berliner Wohnung festgenommen. Anschließend wurde die Wohnung und sein Arbeitsplatz durchsucht. Der Haftbefehl gegen ihn stammt vom 17. März. Darin wird ihm die Beteiligung am Sprengstoffanschlag auf die Zentrale Sozialhilfestelle für Asylbewerber (ZSA) in Berlin am 6. Februar 1987 vorgeworfen, ebenso der Anschlag auf die Berliner Siegessäule am 15. Januar 1991. Und im Mai wurde Lothar Ebke, der seit Jahren in Kanada lebt verhaftet; auch er war in den 80er Jahren Hausmeister im Berliner MehringHof. Seine Verhaftung erfolgte genau zu dem Zeitpunkt, als sich seine deutsche Geschäftspartnerin, die mit ihm die Pension betreibt, in Deutschland befand. Sie war für fünf Tage wegen eines familiären Besuchs nach Deutschland gekommen. Die Frau wurde in Berlin vorläufig festgenommen und zu einer Zeugenbefragung durch die BAW nach Karlsruhe gebracht. Da sie die Aussage verweigerte, wurde sie wieder entlassen.
Lothar Ebke wurde inzwischen gegen eine Kaution in Höhe von 100.000 kanadischen Dollar (ca. 154.000 DM) wieder freigelassen. Die Entscheidung über das Auslieferungsbegehren der BAW wird frühestens in eineinhalb Monaten fallen.
Neben den verschiedenen Privatwohnungen, die im Zuge der Verhaftungen durchsucht wurden, wurde am 30.5. der Mehringhof ein zweites Mal durchsucht. Diesmal kamen die Bullen nicht mit Brachialgewalt sondern präsentierten eine ermittlungstechnische Neuheit ganz eigener Art. Über eine Videoliveschaltung gab der Kronzeuge Tarek Mousli den diesmal in Zivil erschienen Bullen Anweisungen, wo sie nach dem angeblichen Sprengstoffversteck suchen sollten. Offenbar hatte die Großaktion vom Dezember nicht die »gewünschten« Ergebnisse erbracht.

Eine etwas detailiertere Chonologie und weitere Hintergrundartikel findet ihr in der neusten Ausgabe der Soli-Zeitung »Zitronenfalter«, die im Schwarzmarkt und in der Flora ausliegt oder im Internet auf der Seite »www.freilassung.de« heruntergeladen werden kann.

Es ist niemals falsch das Richtige zu tun! (Al Bundy)

Save The Resistance!

Gegen Überwachungsgesellschaft und Sicherheitswahn
Aufruf zur bundesweiten Demonstration am 14.10. inLeipzig

a) Alltägliche Techniken - Willkommen in einer miesen Zukunft

Glauben wir den Utopien des technologischen Fortschritts von gestern, sind wir jetzt glücklich.
Wir sind glücklich, uns in der Warenwelt auf den Kunden- und Kreditkarten in handliche Konsumentendaten zu verwandeln, auf deren Basis unsere genauen Wünsche und Bedürfnisse in Gegenwart und Zukunft genauer bestimmt werden, als uns selbst das möglich wäre. Wir freuen uns auf den e-commerce, auf daß er uns leite, lenke und transparenter mache, für jene die uns unser Wohl anbieten. Wir lieben solchen Service, der sich automatisch unseren Möglichkeiten anpaßt. So macht Konsum Spaß und wird nicht fade.
Wir sind glücklich, daß die Atmosphäre in den Innenstädten wieder stimmt. So clean und rein sollte es überall sein. One world one shopping mall - heißt: bewährte Prinzipien aus Einkaufszentren und Erlebnisparks auch in die öffentlichen Räume der Städte und Gemeinden zu übertragen. Citymanagement mit Musik und Spaß und Lasershow ist nicht eine neue Version von Brot und Spiele, sondern die auf Attraktivität bedachte Außenrepräsentation eines Standortes. Eine Investition zum Nutzen aller, die solche Veranstaltungen lieben. Eine Segnung des Kapitalismus, die nur aufrecht erhalten werden kann, wenn der ansprechende Eindruck nicht durch Penner, Punker, Orientierungslose oder sonstige das Konsumanliegen schädigende Persönlichkeiten zerstört wird. Der Sicherheitspartner gehört zum Standard, sorgt für hemmungsloses Vergnügen und reibungslose Abläufe. Erlaubt ist was nützt, die Einbeziehung von Plätzen und Straßen in geschäftliche Gemeinschaftsprojekte ist unerläßlich.
Wir sind glücklich, daß die weltfremden Vorstellungen der Vergangenheit überholt sind, die das Böse im Einzelnen nicht anzuerkennen bereit waren. Heute wird nicht mehr auf die problemlösende Zukunft verwiesen, sondern Kriminalität und Verwahrlosung entschieden entgegengetreten. Der Staat nimmt seine Aufgaben endlich wieder ernster. Kommunen stellen aus dem Arbeitslosenheer mit dem nötigen Druck rekrutierte Kolonnen bereit, die nicht nur die Spuren von Vandalismus und Verschmutzung beseitigen, sondern auch ein wachsames Auge als zusätzlicher Ordnungsdienst auf alles werfen, was sich tut.
Wir sind glücklich, daß diese Bemühungen für eine allgemeine Verbesserung der Lage, gegen Drogenhandel wie Schwarzfahren, unangeleinte Hunde wie Diebstähle, Hütchenspiel wie Autoklau, von der Polizei mit dem Einsatz von social engeneering und HighT-

echnology unterstützt wird. Wo etwas geschehen kann, muß das Auge des Gesetzes schon sein. Prävention kann nicht länger soziale Fürsorge oder ständige Lebenshilfe sein, sondern muß in polizeiliche Kontrolle übersetzt werden. Technologisch durch Einsatz von Fahndungsdaten und Videotechnik, sozialtechnisch durch Wissensvergleich mit sozialen Einrichtungen, Ämtern und Institutionen, die intime Kenntnisse über relevantes Klientel besitzen. Niemand soll sich länger durchmogeln können, wenn das nötige Wissen zur Festsetzung irgendwo existiert.

Wir sind glücklich, über die Enttabuisierung nicht nur bei der Vernetzung der Institutionen, sondern auch dem Einsatz technologischer Ergebnisse zur Sicherheit aller. Harrt die Nutzung der Gentechnologie in der Medizin noch der Entdeckung ihrer Möglichkeiten, ist der Aufbau von Gendatenbanken zur Verbrecherjagd schon Wirklichkeit. Der mit erheblichem Hin und Her beschlossene große Lauschangriff hingegen stellt in Bezug auf das, was technisch möglich ist, nur einen symbolischen Schritt dar. Die akustische Raumüberwachung wäre heute ähnlich flächendeckend möglich wie die Telefonüberwachung. Von den Möglichkeiten einer visuellen Überwachung ganz zu schweigen.

Die demokratische Natur der Entwicklungen zeigt sich aber gerade darin, daß sie nicht nur für Polizei und Sozialbehörden nutzbar sind. Ihren Siegeszug haben die relevanten Überwachungstechniken im privatwirtschaftlichen Bereich angetreten. So war es die Deutsche Bahn die Kraft ihres Hausrechtes in den Bahnhöfen der Republik die 24 Stunden Videoüberwachung für mehr Sauberkeit, Sicherheit und Service einführte.

Die Regelungen des kommerziellen Hausrechts in den nur scheinbar öffentlichen Räumen von Dienstleistungs- und Handelsunternehmen hat auch zur Verfeinerung der selektiven Intervention geführt. Wenn heute Verschärfungen des Paßgesetzes die Reisefreiheit von Hooligans beschneiden, ist dies ein genaues Abbild jener Strategien, die sehr genau zwischen erwünschten und unerwünschten Personengruppen zu unterscheiden verstehen.

Wo gehobelt wird, fallen natürlich auch Späne. So trübt es unsere Freude ein wenig, daß jene unserer Freundinnen und Freunde, die eine zu blaße Hautfarbe haben, genauso mit ständigen Kontrollen konfrontiert werden, wie jene, deren Teint eine Spur zu dunkel erscheint für einen rein deutschen Stammbaum. Gelten erstere doch als Süchtige, letztere - je nach sozialem Status - hingegen als ihre Dealer oder ohne legalen Aufenthaltsstatus im Land Befindliche (häufig auch als beides). Entsprechend sollen erstere in die Fixerstube, letztere jedoch inhaftiert werden..

b) Sie wollen Dich verhauen! Schlag zurück!

Leipzig will im Jahr 2000 anläßlich der Expo den Wandel zeigen. Was die neuen Repressionstechniken der entfesselten Marktbesitzer der Kommune und der Polizei betrifft, herrscht bei einigen, die hinter dem eisernen Vorhang aufwuchsen, der Eindruck der Wandel sei einer hin zu alt bekanntem: Mehr Probleme - mehr Polizei - weniger Freiheit. Die motivierte Boomtown im Osten will so sicher, sauber und ordentlich sein wie New York, läge es in Sachsen.

Als Teil der linksradikalen Bewegung in Deutschland wissen wir natürlich was abgeht. Repression und Grundrechtsabbau können vielleicht liberale Demokratiegläubige schrecken, wir hingegen wußten schon immer, daß das bundesdeutsche Schweinesystem zu diesem und noch ganz anderem in der Lage ist. Wir haben uns auf diese Bedingungen eingestellt, sprechen am Handy nicht mehr über Wichtiges und wissen genau, daß auch unser privates Lebensumfeld von Wanzen kontrolliert sein kann. Daß jene, die sich mit sowas auskennen, uns über Jahre gleichermaßen Ignoranz und Paranoia vorwarfen, hat uns lange nicht beeindrucken können.

Mit den gegenwärtigen Verschärfungen der Polizeigesetze bzw. der Umsetzung dieser Gesetze in polizeiliche Praxis wird jedoch der Druck nicht nur auf rassistisch Verfolgte und kriminalisierte Menschen spürbar erhöht, sondern auf alles, was sich jenseits der allgemeinen Normalität bewegt. Die Spielräume für erfolgreichen politischen Widerstand werden immer enger, die Kriminalisierung immer umfassender.

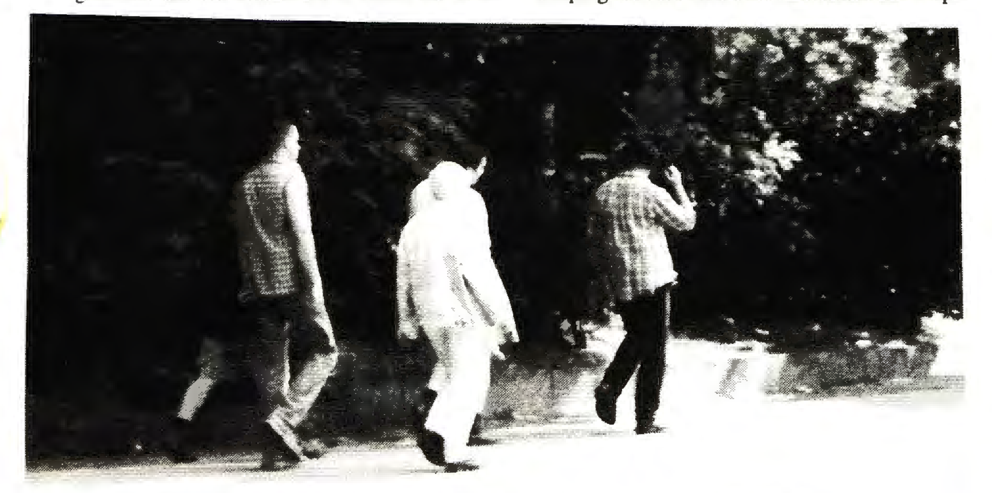
Der unstillbare Rachedurst mit dem die Justiz die militanten Projekte der Vergangenheit, seien es die Menschen aus der Roten Armee Fraktion oder den Revolutionären Zellen/Rote Zora, ein Jahrzehnt nach der Einstellung der bewaffneten Aktionen verfolgt, zielt darauf mögliche Kontinuitäten zu diesen Kämpfen, seien sie symbolisch, technisch, politisch oder personell, zu vernichten. Auf Gefangene wird dabei keine Rücksicht genommen. Wichtig ist es, die Allmacht des Staates wiederherzustellen.

Mit ähnlichem Fanatismus wird gegen die politische Selbstorganisation von MigrantInnen vorgegangen, besonders wenn sie wie im Fall der PKK eine militante Option enthält. Die Kriminalisierung der exilkurdischen Menschen und Organisationen nutzt zusätzlich die rassistischen Möglichkeiten, die das deutsche Ausländerrecht bietet.

Auch, wenn wir selbst der staatlichen Repression nicht in diesem Maße ausgesetzt sind, wird für uns doch immer spürbarer, wie im Zuge des Abbaus bürgerlicher Grundrechte in der Gegenwart eine Handlungsmöglichkeit nach der anderen verschwindet. Die Beschneidung fundamentaler Freiräume, sei es die Überwachung von öffentlichen Treffpunkten oder eine Handhabung des Demonstrationsrechtes, die dessen Ausübung zu einer Karikatur jedes Anliegens werden läßt, erweckt den Eindruck, als werde bewußt darauf gesetzt, aktive Gruppen zu illegalen Widerstandsformen zu drängen. Im Zusammenhang damit, wie mit den ehemaligen Militanten verfahren wird, zielt das gesamte Verfahren jedoch eher auf die Erzeugung einer fundamentalen Ohnmacht und die Zerschlagung linksradikalen Widerstands überhaupt.

Die Kriminalisierung von Antifagruppen mittels der Konstrukte krimineller Vereinigungen zeigen, daß die Repressionsapparate, falls sie ihre Strategien erfolgreich umsetzen können, solange jeden Widerstand zum public enemy aufbauschen werden, wie sich noch irgend etwas regt. Die damit einhergehende Politik der Einschüchterung wirkt nicht nur auf jene, die derzeit linksradikale Politik machen, sondern auch auf alle, die nach Ausdrucksformen ihrer Unzufriedenheit suchen. Nicht umsonst sind gerade sehr junge Leute vorrangiges Ziel politischer Repression.

Die anstehenden und bereits Realität gewordenen Gesetzesverschärfungen zwingen uns dazu, nicht länger die Augen vor den Entwicklungen im öffentlichen Bereich zu verschließen. War es bisher ein unverzeihlicher politischer Fehler, nicht auf die Repression gegen MigrantInnen und die schleichende Privatisierung der öffentlichen Sphäre samt der mit ihr einhergehenden Vertreibungen, mit Widerstand in der gebotenen Entschiedenheit zu reagieren, sollten permanente Kontrollen und die Überwachung jeder Ecke, an der politischer Widerstand entstehen könnte, Anlaß



Staatliche Menschenjäger am Sternschanzenbahnhof

genug sein, den staatlichen und privaten Omnipotenzphantasien entschlossen entgegenzutreten.
Es geht dabei sicher nicht um das Überleben linksradikaler Politik in der BRD, aber wohl darum in welchem Maße wir - und mit uns jede grundlegende politische Opposition - in der Zukunft die Chance haben werden, gesellschaftlich relevant zu agieren.

c) Alles kontrollieren und nichts mehr kapieren

Woran anders sollte die permanente Videoüberwachung öffentlicher und quasi-öffentlicher Räume erinnern als an jene Vision des 19. Jahrhunderts vom Panoptikum, in dem die disziplinierende Instanz des Gefängnisses jederzeit die Möglichkeit hatte, jeden Gefangenen zu überwachen, ohne das die Gefangenen ihrerseits die Möglichkeit hatten zu bemerken, ob sie aktuell kontrolliert wurden oder nicht. Das Panoptikum ist zum Symbol der Disziplinargesellschaft geworden. Der Form der bürgerlichen Gesellschaft also, die durch Drill und Dressur, ständige Kontrolle und unnachgiebige Strafe die starren Normen des verordneten Lebens durchsetzen wollte. Um den Preis des dauerhaften Ausschlusses bestimmter Gruppen, die als jenseits der Gesellschaft bestimmt und reproduziert wurden.
Dieses harte Regime des Lernens, Lebens und Arbeitens nach dem Modell des Exerzierens, das im Produktionsbereich seine Vollendung im Arbeitstakt der Fließbänder fand, wich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts neuen Strategien, in deren Zentrum weniger sklavische Disziplin beim Befolgen fester Regeln stand, sondern soziale Integration und Ausbeutung in einem nicht deutlich umgrenzten Normalbereich stattfand. Teamwork, Dresscode. Sozialarbeit und gesellschaftlich dezentralisierte Verhaltenskontrolle waren die Schwerpunkte des neuen Paradigmas der Kontrollgesellschaft.
Die neuen Techniken der Sozialkontrolle waren nicht ineffektiv. Erinnert sei nur an die Befriedung in Jugendzentren oder die Legalisierungskampagnen gegen Hausbesetzungen. Trotzdem gibt es gegenwärtig einige Anzeichen für die Renaissance von Disziplinartechniken und den mit ihnen einhergehenden Werten. aber auch Problemen. Das heißt aber nicht, daß nun plötzlich alle kontrollgesellschaftlichen Modernisierungen an Bedeutung verlieren. Zwar ist es vorstellbar, daß Todes- und Prügelstrafe wieder in die Diskussion eingebracht werden, aber die Flexibilität aktueller Produktionsverfahren wird auch in Zukunft in einigen Bereichen auf die Disziplinarnormen verzichten müssen und können. Den neoliberalistischen Verhältnissen entspricht aber durchaus der Neokonservatismus der bürgerlichen Gesellschaft, der mit Gewalt Stabilität erzeugt, wo die unreglementierten ökonomischen Verhältnisse diese zerstören.
Ein wesentlicher Aspekt, der aus der Kontrollgesellschaft erhalten bleibt, ist die Dezentralisierung von Kontrolle und Sanktion. Der Überwachungsstaat ist ein Konzept aus der Vergangenheit. Obwohl er auch heute noch ein ernstzunehmendes Problem darstellt, entwickeln und verwenden private Vereinigungen die im Zuge der technischen Entwicklung zur Massenware gewordenen Mittel zur Überwachung und Datenauswertung in weitaus effektiverer und umfangreicherer Weise als staatliche Institutionen. Damit einher geht der Verlust jener minimalen Kontrolle, die diese Institutionen noch boten. Die Überwachungsgesellschaft verwirklicht die Träume des Überwachungsstaates als Nebenerzeugnis. So werden die Überwachungsdaten, die von der privatisierten Deutschen Bahn durch die Überwachung der Bahnhöfe gewonnen werden, auch vom Bundesgrenzschutz und Sozialämtern in Anspruch genommen.
Doch nicht nur die Interessen der ökonomischen und der institutionalisierten Herrschaft treffen sich, auch im Bewußtsein der Bevölkerungsmehrheit findet sich kein Widerstand gegen Beschränkungen. Im Gegenteil, es ist der Ruf nach mehr Ruhe, Ordnung und Sicherheit, der als Begründung für jede Verschärfung dient. Zwar wird dieser Ruf im konkreten Fall mitunter mehr gehört als gerufen, die Tendenz einer breiten Zustimmung für mehr Repression ist jedoch nicht zu leugnen.
Diese Zustimmung würde nicht so ungebrochen ausfallen, handelte es sich nur um "eingeredete" Positionen. Ihre Ursachen liegen vielmehr in der Funktionsweise der rassistischen, kapitalistisch geprägten Gesellschaft in der BRD begründet. Deshalb stoßen auch die Aufklärungen über die reale Entwicklungen der Kriminalitätsstatistiken bei Bevölkerung und Behörden auf taube Ohren.
Ein nicht unbeträchtlicher Teil der Identitäten wird heutzutage über Konsumfähigkeit und -sicherheit gebildet. Nicht umsonst schreitet in den Bereichen von Konsum und Eigentumssicherheit die Überwachung ideologisch und technisch am atemberaubendsten fort. Entscheidend ist die Distinktion, also die Unterschiedenheit der verschiedenen Besitzschichten, zum einen, weil dies den sozialen Zielen der wohlhabenderen Schichten entspricht, die der Armut zunehmend entkommen und mit einem besseren Leben belohnt werden wollen, zum anderen, um die Konflikte, die in einer konsumorientierten Gesellschaft automatisch mit unterschiedlichen Konsumvermögen auftreten, zu unterbinden.
Der Schutz von Eigentum und die Exklusivität von Konsumstätten führen zu einer Segregation, d.h. ausgrenzenden Teilung der Gesellschaft. Geographisch entstehen in den Städten unterschiedliche Zonen, über die privatrechtlich mittels Verfügungsrecht und Sicherheitsdienst Ordnungsmacht ausgeübt wird. Diese räumliche Territorialisierung hat aber zur Folge, daß nicht nur die aktiv an der Segregation arbeitenden Besitzenden sich absetzen, sondern auch der Teil der jeweils Ärmeren einen bestimmten, für andere kaum noch zugänglichen Bereich zugewiesen bekommt.
Dieser Prozeß endet in einer Verarmung gesellschaftlicher Kommunikation zwischen den getrennten Gruppen. Ähnlich wie bei anderen Gruppen, die durch Ausgrenzung eigene Orte in der Gesellschaft besetzen (z.B. DrogenkonsumentInnen, MigrantInnen oder Inhaftierten), entstehen Gruppen, die für diejenigen, die sich auf der jeweils anderen Seite der gesellschaftlichen Grenze befinden, nur schwer einschätzbar sind. Anders als in den 70er Jahren, als diesem Phänomen durch Sozialarbeit begegnet werden sollte, wird heute in solchen Fällen die Abwehr und Ausgrenzung noch zusätzlich verstärkt.
Durch den exzessiven Einsatz von Ausgrenzungsstrategien werden sich die gesellschaftlichen Konflikte verstärken und das Phänomen



des Unverständnisses anderer gesellschaftlicher Gruppen erreicht eine neue Qualität. Das ist der Boden auf dem die diffusen Bedrohungsängste gedeihen, die jeden Vorgarten zum militarisierten Gebiet werden lassen können, jede Einkaufspassage zur Hochsicherheitszone.
Das moderne Marketing als Ausdruck der Identitäts- und Wertevermittlung im ökonomischen System des Kapitalismus tut sein übriges, um diese Konflikte aufrecht zu erhalten. Die ständige Animation zum Besitz, die Verbindung von Besitz und sozialem Sein schaffen in der Gesellschaft das Bewußtsein für das allgemeine Streben nach privatem Luxus - auch jenseits des Gesetzes. So werden die

Grenzen zu den ärmeren sozialen Schichten ausgebaut, aus Angst, selbst abzusinken, und aus Furcht der gewalttätigen Übergriffe durch jene, gegen die sich abgeschottet wird und deren Streben nach oben, den eigenen Wünschen analog gedacht wird.

Die Abgrenzung erfolgt aber nicht nur über den direkten Vergleich von Kaufkraft und Besitz. Sie ist umgeben von einer Vielzahl traditioneller Werte und Identitätsmuster. Es gehört in Deutschland zum sozialen Stand, die Sekundärtugenden Sauberkeit, Ordnung und Disziplin demonstrieren und durchsetzen zu können. Und es gehört zum rechten Konsens in der Gesellschaft, das rassistisch als eigene begriffene Volk als wohlhabender und überlegen anzusehen.

Die rassistisch Ausgegrenzten, die insgesamt als unverständliche, äußere Bedrohung des deutschen Lebens halluziniert werden, sind die ersten Opfer der Segregationspolitik. Die europäischen Außengrenzen haben sich in militärisch gesicherte Zonen verwandelt, an denen mehr Menschen ihr Leben verlieren als am Eisernen Vorhang des Kalten Krieges. Die Verfolgung der Flüchtlinge hat inzwischen den gesamten Osten Europas erfaßt. Überall werden "Schleusser" gefangen und "Illegale" gejagt. Wobei der Bundesgrenzschutz in Deutschland als paramilitärische Bundespolizei, die Polizei und die Bevölkerung eng kooperieren. Letzere per Denunziation und als legalisierte Bürgerwehr oder, wo sie den legalen Rahmen verläßt, als brutale Exekution der Ausgrenzung durch den Mob.

Die repressive Law and Order Politik der Polizeibehörden hat diese in den Ruf gebracht, am ehesten auf die Sicherheitsbedürfnisse und vielfältigen Bedrohungsängste zu reagieren. In einer Zeit, in der die Polizei von allen Institutionen das größte Vertrauen genießt, wird die polizeiliche Logik zur mächtigsten Ideologie. Um effektiver zu sein, werden deshalb die gesetzlichen Bestimmung zunehmenden an den Bedürfnissen der Repressionsapparate ausgerichtet. Dazu gehört die Ausweitung der Befugnisse vor allem in Richtung verdachtsunabhängigen Handelns - "Zero Tolerance", Videoüberwachung, Einschränkung der Bewegungsfreiheit für Menschen im Asylverfahren oder Hools, allgemeines Kontrollrecht, Vorbeugegewahrsam usw.

Während Analysen jenseits der Repressionslogik zunehmend aus dem Blickfeld geraten, gerät die Gesellschaft in den Zustand eines fortgesetzten Sicherheitswahns, da schon allein die massive Präsenz von Repression in der Öffentlichkeit eine Bedrohung durch jene anderen jenseits der Gesellschaft erzeugt. Die gewachsene Aufmerksamkeit durch Medien und Bevölkerung schlägt sich in populistischen politischen Entscheidungen nieder, die in ihrer Wirkung aber das Gefühl der Unsicherheit verstärken.

Dezentralität und Diffusität sind somit die wichtigsten Merkmale im Zusammenspiel der Ideologien von Überwachungsgesellschaft und Überwachungsstaat.

d) Strippenzieher?

Ist diese Interessenkonvergenz nun ein groß angelegtes Projekt einer herrschenden Klasse oder einer politischen Partei? Haben wir es mit einer Gleichschaltung von "oben" zu tun? Für eine Gleichschaltung spricht der breite Konsens, auf den die Tendenz zur Ausweitung von Sicherungs- und Überwachungstechniken sich stützen kann. Getragen von öffentlichen Diskursen, die sich an der Abschottung gegen Flüchtlinge und besonders außereuropäischer Armut orientieren, die von organisierter Kriminalität, Drogen- und Menschenhandel bestimmt sind, aber auch Nazis und Jugendgewalt immer wieder gern in ihren Argumentationskatalog aufnehmen, scheint sich eine umfassende Koalition aus Bevölkerung, Medien, politischen Organisationen und staatlichen Institution mit Wohlwollen und Unterstützung der wirtschaftlichen Eliten auf den Weg in eine miese Zukunft gemacht zu haben.

Ein näherer Blick zeigt aber, daß trotz vielfältiger Überschneidungen und sich treffenden Interessen die Strategien und Ziele zunächst sehr heterogen sind. Ökonomische Verwertbarkeit, soziale und rassistische Segregation, deutsche Tugenden, Repressionslogik und Simulation politischer Handlungsfähigkeit können sich in vielfältiger Weise gegenseitig stützen, sie verschmelzen aber nicht zu einem festen System oder gar einer Einheit. Das bedeutet zum einen, daß sich innerhalb der gegenwärtigen Entwicklung keine Hauptschuldigen ausmachen lassen, zum anderen, daß eine Veränderung an verschiedenen Punkten begonnen werden kann, will sie insgesamt erfolgreich sein, aber die Kritik auch vielfach ansetzen muß. Um in ihrer Kritik die gesamtgesellschaftliche Dimension zu erfassen, ist es notwendig, daß die Linke ihr radikales Festhalten an einer emanzipatorischen, herrschaftsfreien Gesellschaft viel stärker betonen muß.

Die Effektivität der gegenwärtigen Sicherheitslogik speist sich aus ihrer Akzeptanz. Eine Akzeptanz, die den verschiedenen Interessen folgend verschieden erzeugt wird. Die dadurch verdeckten Widersprüche ermöglichen es uns, kurz und mittelfristig zu intervenieren. Auf lange Sicht kann unsere Politik jedoch nur erfolgreich sein, wenn sie die verschiedenen Strategien hinter der Entwicklung kritisiert, statt in ein konstruktives Mitgestalten an diesen umzuschlagen. Dabei wäre es genauso falsch, die Denunziationsbereitschaft von den EmpfängerInnen von Sozialhilfe bei "Leistungserschleichung" zu unterschätzen, wie dem Protest der Wirtschaft gegen pauschale Telefonüberwachung überzubewerten.

Ziel des Widerstandes muß es gegenwärtig sein, sich gegenseitig steigernde gesellschaftliche Reflexe aufzubrechen. Ein solches Aufschaukeln findet zwischen politischer Macht und Bürgerinitiativen gegen Verwahrlosung, Drogenhandel oder MigrantInnen statt. Aber auch mediale Inszenierungen des starken, vertrauenswürdigen Staates, der uns technisch und moralisch hochgerüstet aus Agenturmeldungen, reality TV á la Autobahnpolizei und aktuellen Polizei- und Kriminalfilmen entgegenstarrt, sind dabei mit einbezogen. Erst durch einen solchen Widerstand wird in einer Zeit, in der sich der Marktwert von Discountern zunehmend nach der Masse von Kundeninformationen, über die sie verfügen, berechnet, auch dieser gesellschaftlich mindestens ebenso relevante Aspekt der neuen Herrschaft über personengebundene Daten thematisierbar.



Unser Ziel ist es, die Verhältnisse anzugreifen, in denen durch Rückgriff auf den Sicherheitsdiskurs Positionen automatisch gefestigt und Widersprüche verdeckt werden können.

e) Kapitalismus ohne Bourgeoisie?

Die kapitalistische Ökonomie spielt im Überwachungs- und Sicherheitsdiskurs eine zwiespältige Rolle. Im ökonomischen Bereich vollziehen sich die stärksten Veränderungen hin zur Totalüberwachung der Einzelnen, sei es als Konsumierende, sei es am Arbeitsplatz. Eine Ordnung, die auf der Verwertbarkeit des Menschen aufgebaut ist, produziert das Interesse an der technischen Handhabbarkeit von Menschen. Überwachung und Drill gehören seit jeher zum Repertoire der kapitalistischen Produktion.

Die Reproduktion des Kapitalismus ist auf stabile Besitzverhältnisse und strikt geregelte Eigentumswechsel angewiesen. Zusammen mit der sozialen Segregation zwischen jenen, die über Eigentum verfügen können und jenen, denen es an dieser Verfügungsgewalt mangelt, wird der Schutz von Eigentum zur Daueraufgabe. Dieser Schutz bleibt in den letzten Jahren immer weniger dem Gewaltmonopol des Staates überlassen, sondern wird in den privaten Eigentumsbereichen, aber auch im öffentlichen Raum zunehmend wieder mit Hilfe von Sicherheitsdiensten und Wach- und Schließgesellschaften privat organisiert.
Das Interesse an Sicherheit erstreckt sich jedoch nicht nur auf den unmittelbar eigenen Besitz. Zum Sicherheitsbedürfnis einer kapitalistischen Ökonomie gehört auch der Schutz der Gesamtordnung. Gesellschaftliche Destabilisierung und die mit ihr einhergehende Bedrohung von Produktion und Konsumption soll zumindest in den ökonomischen Zentren unterbunden werden. Die Ausforschung der Konsumierenden hingegen ist kein grundlegendes Interesse der Produktions- und Eigentumsverhältnisse. Der hohe Aufwand, der in dieser Hinsicht betrieben wird, resultiert vielmehr aus der Konkurrenzsituation beim Absatz auf gesättigten Märkten. Hier wird der informationelle Vorsprung zum entscheidenden Vorteil, obwohl Kapitalismus auch ohne ausgefeilte Marktanalysen und Kundenprofile möglich ist.
Zum Vorteil auf dem Markt gehören nicht nur intime Kenntnisse über Gewohnheiten und Wünsche der Einzelnen, sondern auch die Teilung der Konsumierenden. Keiner soll außerhalb der angebotenen Konsumsphäre stehen, aber trotzdem sollen sich die diversivizierten KonsumentInnen nicht durch soziale Interaktion oder Konflikte vom Konsum abhalten lassen. Wer den persönlichen Büchsenbierverbrauch nach oben treibt, soll nicht vom Kauf gediegenerer Alkoholika abhalten.
Diesen gewichtigen Interessen zur umfassenden Überwachung und dem Ausbau von Repression und Abschreckung stehen allerdings auch Interessen entgegen. So ergibt sich im Bereich des Schutzes von immateriellen Werten, wie Produktionstechniken und Datenströmen, das Problem des Mißbrauchs von Erkenntnissen aus Überwachungen. Auch hier besteht das Interesse der Abschirmung und des Schutzes der Sphäre privaten Besitzes, doch ist dies in einer Überwachungsgesellschaft gegenwärtig kaum zu gewährleisten. Aktuell schließen sich beispielsweise die sichere Abwicklung von e-commerce und Durchleuchtung des Internets aus.
Das Interesse an einer Einschränkung staatlicher Machtbefugnisse oder gar an politischen und öffentlichen Rechten existiert innerhalb des kapitalistischen Weltbildes nur mittelbar. Erst wenn staatliche Institutionen hemmend auf ökonomische Entwicklungen wirken, bricht sich der Wirtschaftsliberalismus Bahn. Gegenwärtig dominiert anläßlich des "Rückzugs" des Politischen aus der Ökonomie das Interesse an Techniken der Repression jeglicher öffentlicher Unruhe. Diese Verdrängung der öffentlichen Sphäre als präventive Aufstandsbekämpfung zu deuten, hieße den gesellschaftlichen Verhältnissen in der BRD gegenüber blind zu sein. Eher ist davon auszugehen, daß der öffentliche Raum als privatisierbare Ressource verstanden und behandelt wird. Die Grenze des ökonomischen Interesses an der Gewährleistung öffentlicher Freiheit liegt da, wo es für uns interessant wird.

f) ... und dann gab es da noch die fdGO

Verfassungen, Menschenrechtserklärungen, politischer Liberalismus - das sind die gesellschaftlichen Institutionen, die unserer Meinung nach in der bürgerlichen Demokratie für die Erhaltung von bürgerlichen Grundrechten und -werten (das Recht auf Meinungs- und Demonstrationsfreiheit, Beschneidung polizeilicher Befugnisse, Privatsphäre, eine zumindest theoretisch allen zugängliche Öffentlichkeit und plurales politisches Leben) in Anschlag zu bringen sind. Die Realität sieht anders aus. Menschenrechte sind Kriegsgründe, eine liberale Öffentlichkeit ist in der BRD schon seit Jahren kaum mehr auszumachen und die Liste der einst verfassungsmäßig garantierten, inzwischen aber abgeschafften Rechte wächst und wächst: Asylrecht, großer Lauschangriff, Neufassung der Länderpolizeigesetze, Arbeitszwang ...
Die Darstellung der bürgerlichen Demokratie als Ort dauerhaft formal verbriefter Rechte und Freiheiten erweist sich mehr und mehr als Illusion, für deren Verteidigung es heute kaum noch gesellschaftliche Kräfte zu geben scheint. So sieht sich die radikale Linke in der BRD seit geraumer Zeit gezwungen, die Forderungen nach der Gewährung demokratischer Grundrechte an liberaler Statt zu erheben, um sich wenigstens die Grundlagen politischer Intervention zu erhalten. Durch das Fehlen des liberalen Lagers entsteht in Deutschland zunehmend der Eindruck, bürgerliche Grundrechte seien linksradikale Forderungen.
Die Gefahr besteht, daß im Zuge der Auseinandersetzung mit Repressionskampagnen die radikale Linke in der BRD auf die Pflege der Geschäftsgrundlage zurückgeworfen wird. Um dieser Gefahr zu entgehen, ist es notwendig, nicht nur einzelne Symptome zu kritisieren, sondern eine grundsätzliche Opposition deutlich zu machen. Selbstorganisation bedeutet für uns nicht die Diktatur von neighbourhood communities, die lauern ob Fremde oder Einheimische sich eines Regelverstoßes schuldig machen. Öffentlichkeit bedeutet für uns nicht die Spaß- und Konsumkultur von Händlergemeinschaften der Innenstädte. Prävention bedeutet für uns nicht Repression gegen alle, die aus dem vorgegebenen Rahmen fallen könnten. Freiheit hört für uns nicht da auf, wo das Herrschende bekämpft wird.
Politik gegen die Abschaffung der Öffentlichkeit darf nicht länger den Status haben, anläßlich konkreter Repression auf die Spielregeln der bürgerlichen Demokratie zu pochen. Es geht um unsere politische Handlungsfähigkeit. Und es zeigt sich, daß in dieser Gesellschaft für uns nichts bleibt, was wir uns nicht erstreiten. Die bürgerlichen Grundrechte sind ein Mythos, der nach den gesellschaftlichen Bedingungen ausgeformt wird. Es kann also nicht darum gehen etwas einzuklagen, sondern uns zu nehmen, was wir brauchen.
Die Bedingungen dafür werden schwieriger, sie werden aber nur besser werden, wenn wir für die Verbesserung sorgen. Das Warten auf die liberale Öffentlichkeit hat lange genug gedauert. Bündnispartnerinnen werden für uns eher jene sein, die, wie organisierte MigrantInnen, selbst an verbesserten Bedingungen ein Interesse haben. Wer hingegen warten will bis sich die Konflikte in der bürgerlichen Gesellschaft soweit zugespitzt haben, daß sie für eine kapitalistische Ökonomie unattraktiv werden, sollte sich auf eine längere Periode mit sehr eingeschränkten politischen Möglichkeiten einstellen.
Gelingt es nämlich nicht den Widerstand zu organisieren, werden Repression und die Jagd auf jede politische oder kulturelle Opposition bald den Alltag bestimmen. Die Welt der Zukunft wird dann das Bild einer politischen und kulturellen Ödnis bieten.
Wir wollen deshalb nicht die - lange nicht ernst genug genommene - Entwicklung verschlafen, aber ebensowenig wollen wir jetzt beginnen, an eine wundersame Veränderung durch öffentliche Aufklärung zu glauben. Wichtig ist es uns vielmehr nach den vielen fruchtlosen Versuchen breiter Aufklärungskampagnen für die Bevölkerung den Widerstand gegen Überwachungsgesellschaft und Sicherheitswahn zu beginnen. Es wird sich zeigen, daß die Politik von Sicherheitshysterie und Überwachungswahn angreifbar ist.

Organisiert den Widerstand gegen den Konsens der Überwachungslogik!
Keine Toleranz für Abschiebung, Überwachung und Ausgrenzung!
Gegen die Kriminalisierung gesellschaftlicher Konflikte!
Die Modelle des Überwachungsalltags zerschlagen!
Schluß mit rassistischer und sozialer Ausgrenzung!
Enteignung privatisierter öffentlicher Räume!
Weg mit Prävention und Repression!
Save The Resistance!
Gegen Kapitalismus - für eine herrschaftsfreie emanzipatorische Gesellschaft!

Bündnis gegen Rechts, Leipzig

PKK: Von der volkstümelnden Guerrilla zur regionalen Ethno-Lobby

Entwicklungen in der PKK im Jahr Eins nach Apos Entführung

Abdullah Öcalan, Vorsitzender der PKK, der Arbeiterpartei Kurdistans, wurde vom türkischen Geheimdienst MIT am 15. Februar 1999 in den Knast von Imrali in die Türkei entführt und in einem Schauprozeß zum Tode verurteilt. Die PKK hing vor dem auf Öcalans Festnahme folgenden programmatischen Schwenk in ihrem Programm von 1995 Modernisierungsvorstellungen an, wie sie für sowjetische Entwicklungsstrategen typisch waren: Da ist von zentraler Planung die Rede, und: "Im Bereich des gesellschaftlichen Eigentums soll der Entwicklung der Schwerindustrie Priorität zugewiesen werden." Die PKK wollte noch 1995 einen fordistischen Staatskapitalismus aufbauen, als neuen kurdischen Staat.

Im PKK-Programm von 1995 hieß es etwa im Abschnitt "Die Phase der nationalen Befreiung": "Die Entstehung unserer Partei:...Sie leitete eine neue Phase ein, nämlich jene Phase, welche gekennzeichnet ist vom Ende der entwickelten kolonialen Hegemonie und vom Ende der nationalen Vernichtung, die mit Widerstand die nationale Identität verteidigt und den nationalen Befreiungskampf propagiert." Bereits dieses Programm gab wenig anderes her als den Willen zur eigenen Nation. Und Öcalans Erklärungen aus dem Knast? Seine Verteidigungsrede wurde auf dem außerordentlichen Kongreß der PKK prompt als ein neues Manifest der Partei angenommen. Öcalan wandte sich in seiner ersten Verteidigungsrede aber weniger emanzipatorischen Anliegen zu, als dass er der PKK die Anpassung an die Verhältnisse empfahl: "Anstatt die neue Weltordnung, die im wesentlichen von den USA geprägt ist, zu bekämpfen, ist es realistischer, innerhalb dieses Systems einen politischen Kampf zu führen."[1]

Abschied vom Antiimperialismus

In seiner neuen Verteidigungsrede vom 21.10.99 führt Öcalan weiter aus, wie eine Lösung aussehen könnte: "Weltweit anzutreffende weitere Beispiele dafür, dass ein starker Staat realisiert werden kann, indem die größte Freiheit und Gleichheit der unterschiedlichsten freien Gedanken, Überzeugungen und Kulturen richtig praktiziert wird, sind Neuseeland und auf dem amerikanischen Kontinent sogar selber die USA: hier ist durch die Gemeinschaft fast aller Sprachen, Religionen und Nationen ein fast föderativ zu nennendes Weltsystem entstanden."[2] Öcalans beschönigende Darstellung der USA als "Gemeinschaft von Nationen" dokumentiert seinen Abschied selbst vom plattesten Antiimperialismus.

Die PKK ist auf dem Weg hin zu einer regionalistischen Ethno-Lobby - bei der Transformation von einer Guerrilla zu einer Partei trennt sie sich weder von ihrer volkstümelnden Programmatik noch von ihrem Personenkult. Was über Bord geht, ist der Rest an antikolonialer Rebellion, den die PKK trotz ihrer Programmatik für viele als KurdInnen diskriminierte noch bedeutet hat. Früher stellte die PKK den Kemalismus, die nationalchauvinistische Staatsdoktrin der Türkei, in Frage. Aber der Antikemalismus der PKK, der auch für die türkische Linke ein wichtiger Impuls war für ihren Bruch mit der nationalen Staatsdoktrin, ist Geschichte.

Öcalan erklärte bereits in seinem ersten Prozeß am 31. Mai: "Die Kurden können ihren Platz in einer demokratischen Republik finden." Denn: "Hier gibt es politische Freiheit ... Das einzige Problem sind Sprache und kulturelle Identität."[3] Das Abdullah Öcalan die Türkei lobt, könnte seine persönliche Prozeßstrategie sein - wenn nicht der PKK-Präsidialrat dafür sorgen würde, dass alle seine Äußerungen von der gesamten PKK mitvertreten werden müssen. Osman Öcalan, Bruder des Chefs und Mitglied des PKK-Präsidialrates, erklärte Ende Oktober: "Ein Wort von ihm genügt, damit wir eine Entscheidung treffen. Als ich sagte, dass die Freiheit unsere Religion ist und der Vorsitzende unser Prophet, habe ich das nicht umsonst gesagt."[4]. Osman Öcalan plaudert im zitierten Interview auch unbekümmert über die vom Verbot bedrohte Wahlpartei HADEP: "Ohne die Zustimmung der PKK kann die HADEP gar nichts tun. Das heißt, zwischen dem Volk und der PKK gibt es keinen Unterschied. Das Volk tut das, wozu es die PKK auffordert." Was tut dabei schon der Unterschied zwischen einer legalen Wahlpartei und einer klandestinen Guerrilla zur Sache? Die zwei größten Probleme der HADEP, die bei den Parlamentswahlen im April 99 türkeiweit 4,7% der Stimmen erhielt und in den Kriegsprovinzen zahlreiche Bürgermeister stellt, sind staatsterroristische Aktivitäten - allein im Wahlkampf wurden zehn ihrer Aktiven ermordet - und die ständige Verbotsdrohung.

Der Kurdistan-Rundbrief, ein Organ aus der Solidaritätsbewegung, druckte das zitierte Interview mit einem eigenen Vorspann ab: "Das im folgenden dokumentierte Interview mit Osman Öcalan, einem der Kommandeure und Präsidialratsmitglieder der PKK, wird sicher nicht nur Zustimmung, sondern auch Widerspruch hervorrufen. Schon allein, weil die Meinung Osman Öcalans, die PKK brauche nur Flugblätter zu verteilen, dann würden Kurdinnen und Kurden die HADEP wählen, vorsichtig formuliert sehr erstaunlich ist."[5] Diese vorsichtige Kritik wurde aber in der Soliszene nicht etwa aufgegriffen, sondern zurückgewiesen, weshalb der Kurdistan-Rundbrief in seiner nächsten Ausgabe versprach, in Zukunft Dokumentation und Bewertungen sorgfältiger voneinander zu trennen: "Es wurde kritisiert, dass mit der Überschrift auf der ersten Seite die Friedensdelegationen der PKK als ‚Fiasko' abgewertet würden. Des weiteren wurde der wertende Vorspann zum Interview mit Osman Öcalan kritisiert. Weiter kam Kritik daran, dass der Protest von Nejdat Buldan wegen der Drohungen gegen ihn abgedruckt wurde. Insgesamt richtete sich die Kritik dagegen, dass im Kurdistan-Rundbrief kritische Bemerkungen über die Politik der PKK gemacht werden."[6]

Dissidenten aus der PKK

Bei den Drohungen gegen Nejdat Buldan geht es darum, dass die AnhängerInnen des PKK-Kurses keine öffentliche Kritik in ihrem Umfeld dulden: Buldan war früher Bürgermeister in Türkisch-Kurdistan und Mitglied des kurdischen Exilparlamentes. Er wurde am 17. Oktober aufgefordert, seine Beziehungen zu Selahattin Çelik und Sükrü Gülmüs abzubrechen, sonst würde es ihm so wie diesen ergehen. Der Journalist Selahattin Çelik ist am 17. August 99 von Unbekannten in seiner Wohnung zusammengeschlagen worden, weil er der PKK Verrat an der auch von ihm propagierten nationalen Sache vorwirft: "Die PKK hat eine bestimmende Rolle dabei gespielt, die nationalen Forderungen der Kurden zu entwickeln ... Aber sie kann kein Monopol auf die inhaltliche Ausgestaltung dieser Forderungen haben."[7] Sükrü Gülmüs wurde 1980 wegen Tätigkeit für die PKK verhaftet und saß 11 Jahre in Haft. Danach war er Chefredakteur der Wochenzeitung Yeni Ülke und bei der Tageszeitung Özgür Gündem. Ende November wurde auf einer Veranstaltung des PKK-Spektrums in Essen verkündet, dass er und alle Personen, die Kontakt zu ihm haben, bestraft werden. Gülmüs erklärte daraufhin: "Ihre Friedensappelle sind aber auch nicht glaubwürdig, denn die PKK-Führung geht gegen Menschen, die diesen Kurs kritisieren selbst mit Unterdrückung und Einschüchterung vor. Dieses Verhalten ist die Hysterie des Kapitulierens und die Schaffung interner Feindbilder, um eine freie Diskussion innerhalb der kurdischen Bewegung zu verhindern." Die ganze Erklärung ist im Internet auf Türkisch und Deutsch[8] abrufbar. Im Kurdistan-Rundbrief erschien Ende Dezember eine zweite Erklärung der ERNK-Europavertretung zu den Vorwürfen gegen die PKK, sie würde Dissidenten bedrohen: "... wurden unser Vorsitzen-

der und unser Kampf durch Gewinn machende Gruppen physisch und ideologisch angegriffen ... Besonders durch Angriffe auf Personen und Gruppen, die in der Vergangenheit mit uns zusammengearbeitet haben, wollen die Provokateure den Friedensprozess und unseren Kampf kriminalisieren. Durch den Angriff auf Selahattin Çelik und unsere zwei Freunde in Bremen sind solche Provokationen auf die Spitze getrieben worden." [9]. An dieser Distanzierung von den Überfällen fällt vor allem eines auf: Die Beschwörung der Einheit gegen das Feindbild profitierende ideologische Gegner - bei gleichzeitiger Beteuerung, selbst nicht zugeschlagen zu haben.

Dass es in der Kurdistan-Solidarität mehr Kritik an der Veröffentlichung der Erklärungen von Dissidenten gibt als an der Unterdrückung von offener Diskussion bedauern wir. Hier drängt sich die Frage auf, ob die erdrückende Mehrheit der Kurdistan-Solidarität mit der hierarchischen Ausrichtung der PKK auf eine Leitfigur und ihrer autoritären Organisationskultur überhaupt keine Probleme hat. Es gibt nur drei uns bekannte Kritiken an der aktuellen Unterdrückung der Widersprüche innerhalb der kurdisch-nationalistischen Bewegung: Die Artikel von Jörg Hilbert in der jungen Welt, Stellungnahmen von Medico International - insbesondere der "Dringende Appell: Brutaler Anschlag auf den kurdischen Publizisten Selahattin Çelik"[10] und Ende Oktober erschien eine Broschüre von ekan (einige kommunistInnen aus nürnberg). Dort sind in Übersetzung zwei Texte aus der unter SympathisantInnen der PKK vielgelesenen Tageszeitung Özgür Politika dokumentiert, die von ekan zu Recht als Hetzartikel bezeichnet werden: Der erste erschien am 29.8., zwölf Tage nach dem Angriff auf Çelik. Unter dem Titel "Jungkurden" heißt es dort über Kritiker der PKK: "Das sind die eigentlich gefährlichen. Hütet Euch bloß vor diesem Tschernobyl-Auswurf!". Zwei Wochen später folgte am 6.9. der Artikel "Die Köter jaulen, die Karawane zieht weiter", der so endete: "Jetzt haben sie solche wie Selahattin Çelik, Sükrü Gülmüs an ihre Seite genommen. Und die wildesten Angriffe kommen von diesen wankelmütigen, die am Ende sind. Diese Kreise machen auf einer von einem Baran Funderman genannten Agenten betriebenen Internet-Seite der freien Diskussion ihr volles Maul auf und beschimpfen die PKK und ihren Führer auf niederträchtigste, gemeinste und hinterhältigste Weise. Aber die Apo-Anhänger rufen wieder laut aus: Die Köter jaulen, die Karawane zieht weiter!"[11]

In ähnlicher Weise reagiert die PKK auch darauf, dass einige ihrer Guerrillaeinheiten - niemand weiß wieviele - den bewaffneten Kampf fortführen wollen. Am 27. 11. 99 wurde bekannt, dass die türkische Armee fünf Dissidenten der PKK, darunter der Kommandant Haydar Alparslan getötet hat. Sie gehörten zu einer kleinen PKK-Abspaltung, welche den neuen Kurs Öcalans nicht mittrug. Reuters meldete zwei Wochen zuvor, die PKK hätte zur Entsolidarisierung von den Dissidenten aufgerufen: "Einwohner sagten, PKK-Mitglieder hätten Dörfer in der Tunceli-Region besucht, Alparslan als Verräter gebrandmarkt und die Bewohner dringend aufgefordert, der Renegatengruppe nicht zu helfen."[12]

Insbesondere in der Region um Tunceli bzw. Dersim weigern sich lokale Gruppen, dem Befehl von Öcalan zur Selbstaufgabe Folge zu leisten. Insbesondere gibt es eine neue Kooperation von PKK-Dissidenten mit Guerrillas von ML-Parteien: Ein Angriff auf eine Einheit der türkischen Armee wurde gemeinsam durchgeführt von PKK-Abtrünnigen und der maoistischen TIKKO, der Türkischen Arbeiter- & Bauern-Befreiungsarmee. In dieser Region gibt es unter der kleinbäuerlichen Bevölkerung eine jahrzehntelange Erfahrung mit linken Guerrillas und mit Selbstorganisierung, die lange vor die PKK zurückreicht. Auch türkische ML-Parteien haben in der Dersim-



Region eine lange Geschichte: Die PKK hat hier ihren Führungsanspruch für ein nationales Kurdistan mit Waffengewalt gegen andere Parteien durchgesetzt. So erschossen PKKlerInnen am 10. 10. 93 sechs Mitglieder der TDKP, der Revolutionären Kommunistischen Partei der Türkei, in der Region Dersim. Am 30. 10. 93 erschoss die PKK Kamer Özkan, nachdem sie ihn als agent provocateur denunziert hatten. Kamer Özkan war unter Linken in der Türkei weithin bekannt und respektiert: Er war der Bekannteste aus einer Landguerrillagruppe, die über 25 Jahre in den Bergen von Dersim gegen den türkischen Staat gekämpft hat - zuerst in TIKKO, der Guerrilla der TKP/ML, nach dem Austritt aus der TKP/ML autonom. Auf dem Kurdologie-Kongreß 1998 hielt Paul J. White einen Vortrag, in dem er weitere Liquidierungen schilderte[13].

In der Region Dersim gab es bereits in den 90ern Abspaltungen von der PKK, die von dieser in militaristischer Logik als Feinde bekämpft wurden. Im April 1990 wurde eine kleine Gruppe, die PKK-DB, in Dersim bekannt. Nach einem 1992 in Ankara erschienen Buch von Ismet G. Imset ist die PKK für den Tod von vielen Mitgliedern dieser von der PKK-Führung als "revisionistischer Weg" beschimpften früheren PKK-Strömung verantwortlich[14]. Ali Yaylacik und Mehmet Uzun aus Gaziantep verliessen die PKK, um sich Tekosin, einer unabhängigen marxistisch-leninistischen Gruppe in Kurdistan, anzuschließen. Hieraus ging die Kommunistische Bewegung von Dersim hervor, die DKH. Kurz nachdem sie von der PKK als Agenten bezeichnet worden sind, wurden Ali Yaylacik und Mehmet Uzun ermordet. Von der PKK unabhängige Linke in Kurdistan glauben, dass die PKK für ihren Tod verantwortlich ist.

Selahattin Çelik offenbarte auf der Veranstaltung "Wie weiter im kurdischen Befreiungskampf?" am 20. 1. 00 in Berlin, die von der gruppe mücadele organisiert wurde, dass innerhalb der PKK mit AbweichlerInnen seit langem kurzer Prozess gemacht wird: Er nannte dort die Zahl von 1500 GenossInnen, die bei PKK-internen Strafmaßnahmen während der letzten 20 Jahre umgebracht wurden.

Uns geht es nicht darum, die Dissidenten der PKK hochzuloben, wenn wir gegen derartige Diffamierungen protestieren. Udo Wolter schrieb dazu: "Eine linke Kritik müßte stattdessen das auch bei den kurdischen PKK-Dissidenten ungebrochene nationalistische Weltbild einbeziehen. Denn auch ein Selahattin Çelik hat an der lupenrein völkischen Konstruktion der ‚kurdischen Identität' eifrig mitgebastelt und stand diesbezüglich voll hinter der PKK-Politik. Er war jahrelang ein hoher Funktionär der PKK. Seine heutige Kritik an der PKK basiert am Personenkult um Öcalan und der fehlenden offenen Diskussion in der PKK äußerte er öffentlich ab dem Zeitpunkt, ab dem die PKK die Befehle von Öcalan zur Aufgabe des bewaffneten Kampfes umsetzte. Auch jetzt wirft er in Interviews der PKK und Öcalan vor allem Verrat an der "nationalen Verantwortung" gegenüber dem ‚kurdischen Volk' vor." In einem Interview zum Jahrestag der Festnahme von Öcalan erklärte Selahattin Çelik zur Rolle Öcalans: "Er war seit 25 Jahren der charismatische Führer - die Partei war von Anfang an auf ihn zugeschnitten. Ohne seine Zustimmung konnten in der PKK keine Entscheidungen gefällt werden und niemand Karriere machen. Das Zentralkomitee wurde nach Öcalans Willen verändert oder auch ganz abgesetzt."[15] Der Personenkult um Öcalan geht soweit, dass im Jahrgang 1999 auf allen Ausgaben des in Köln erscheinenden Kurdistan-Reports auf der Titelseite ein Foto von ihm gedruckt wurde. PKK ist derartig auf ihren Chef, den "Apo" (Onkel) Öcalan, die Sonne Kurdistans, ausgerichtet, dass seinem Überleben anscheinend alles untergeordnet wird und die rabiate Ausgrenzung der Dissidenten weitergeht.

Opfer des Personenkultes: Die Friedensdelegationen

Die "Friedensdelegationen" der PKK sind das zweite bittere Beispiel dafür, welche Konse-

quenzen die von antinationalen KritikerInnen seit 1995 massiv kritisierte programmatische Ausrichtung der PKK in praktischer Hinsicht haben.
Zum Zeichen des Friedenswillens der PKK reisten auf "Anregung" vom Apo Öcalan zwei Delegationen der PKK in die Türkei und stellten sich. Die erste achtköpfige Gruppe aus Westeuropa wurde am 1.Oktober sofort verhaftet - ihnen drohen nach Angaben ihrer Anwälte bis zu 20 Jahren Haft. Es waren dem türkischen Staat bekannte Funktionäre unter ihnen. Am 30. Oktober bekundeten weitere acht PKKlerInnen ihren Friedenswillen, indem sie offiziell aus dem Nordirak einreisten und sich stellten. Beide Delegationen sitzen unter den für "Terroristen" üblichen Bedingungen in Haft, ihnen droht - wie Öcalan - die Todesstrafe. Diese Delegationen waren nichts weiter als Unterwerfungsgesten und Opfergänge.

Solidarität gegen die Militärdemokratur

Beim Konflikt in der Türkei ist für uns zentral, dass es dort eine nationalchauvinistische, antikommunistische Militärdemokratur gibt. Militärdemokratur - dieser Begriff entstand in der Kritik der Zustände in lateinamerikanischen Staaten, wo die Erfahrung der Militärputsche ausreicht, um dem Militär eine entscheidende inoffizielle Machtbeteiligung zu zugestehen. Bei allen politischen Debatten sitzt der Schatten des Militärs mit dabei. Für die Verhältnisse in der Türkei ein sehr passender Begriff.
Die Militärdemokratur dient als Ordnungshüterin zur Aufrechterhaltung kapitalistischer Verwertung. Trotz der Militärdemokratur halten wir es aber für notwendig, an den volkstümelnden Vorstellungen der PKK Kritik zu üben. Dementsprechende lehnen wir Losungen ab, mit denen das kurdische Volk und ihre Leitfigur bejubelt werden. So tauchten bei diversen Demos im Frühjahr 99 in Hamburg diese Transparente auf: "Niemand wird uns von unserem Vorsitzenden Apo trennen!" Oder vom Frauenverband YAJK: "Öcalan! Wir sind mit dir geboren, sterben auch mit dir!" Diese Transparente waren keine Ausrutscher. Das zeigt das gedruckte und bei bundesweiten Demos vielfach getragene Kleintransparent: "Vorsitzender APO, Sonne Kurdistans! Einer für alle, alle für einen! Wir sind mit dir zu allem bereit!" Im Hinterhertrotten hinter solchen Slogans kann Solidarität für uns nicht bestehen.

Mit der EU Menschenrechte durchsetzen?

Der Einsatz für ein uneingeschränktes Bleiberecht für Alle und die Kritik an der Festung Westeuropa ist für uns zentral. Wir können nichts fortschrittliches darin erkennen, wenn sich Großteile der Kurdistan-Solidarität an die Debatte der Herrschenden anhängen, ob und wie die Türkei die Kriterien für einen EU-Beitritt erfüllen könne. Die Bundesrepublik als ein Land, in dem täglich das gesetzlich garantierte Menschenrecht auf körperliche Unversehrtheit im rassistisch geprägten Alltag zu Makulatur wird, darf nicht dadurch als vermeintlich zivilisiert legitimiert werden, dass an ihre Regierung appelliert wird, doch bitte für die Einhaltung der Menschenrechte in der Türkei zu sorgen. Genau dies passiert aber permanent durch die Menschenrechtskampagnen aus Kreisen der Kurdistan-Solidarität und der SympathisantInnen der PKK. Der PKK Präsidialrat selbst reagierte im Dezember auf die Ankündigung der EU, die Türkei als Beitrittskandidaten zu akzeptieren, einmal mehr mit einem fatalen Appell an die EU: "Noch wichtiger wird es sein, dass die Türkei die für eine EU-Mitgliedschaft erforderlichen Bedingungen erfüllt ... Die wichtigste Aufgabe ist jetzt, die Türkei für ihre Kompatibilität zu europäischen Normen vorzubereiten."[16]
Die PKK redet von europäischen Normen und übersieht in ihrer nationalen Fixierung auf die "kurdische Frage", das die wichtigste EU-Norm die Freiheit des Kapitals ist: "In Anbetracht dieser Tatsachen muss die Lösung der kurdischen Frage eine Vorbedingung für die Mitgliedschaft der Türkei in der EU sein". Vielleicht sollte sich die Türkei die nationale Formierung der Deutschen in der BRD als europäische Norm zum Vorbild nehmen, die Entrechtung und Ausgrenzung von MigrantInnen a la germania? Für die Idee, Rechte für Flüchtlinge und MigrantInnen nicht nur aus der Türkei in der EU zu fordern, ist in der PKK-Erklärung kein einziger Halbsatz verwandt worden. Dass gerade Flüchtlinge aus der Türkei unter dem Schengen-Abkommen leiden und immer gefährlichere Einreisen wagen müssen, scheint die PKK nicht zu interessieren. Auch nicht, dass Menschen mit türkischem Pass auch nach dem EU-Beitritt das Recht auf Freizügigkeit, also das Bleiberecht, noch 10 Jahre lang verwehrt werden soll. Und zum 1. Januar 2000 ist jetzt auch Griechenland dem Schengen-Abkommen beigetreten. Prompt fordern deutsche Medien bis hin zur linksliberalen FR, dass die Schotten noch dichter gemacht werden: "Dass die Griechen diese Seegrenze nicht perfekt abriegeln können, liegt auf der Hand. Deshalb ist nun auch die Türkei gefordert ... Wenn die Regierung in Ankara es ernst meint mit der EU-Kandidatur, muss sie mithelfen, den Menschenschmuggel über die Ägäis zu unterbinden."[17]
An prominenter Stelle aktiv mithilfe von EU und BRD Menschenrechte in der Türkei einzufordern, ist Claudia Roth, als Grüne Vorsitzende des "Bundestagsaussschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe". Gegenüber der Hessisch-Niedersächsischen Allgemeinen erklärte sie Ende 1998: "Mein Stellvertreter ist Christian Schwarz-Schilling, der sich immer für die Menschenrechte eingesetzt hat. Dabei hat er sich auch nicht gescheut, sich mit seiner eigenen CDU/CSU-Fraktion anzulegen. Insofern ist er ein Vorbild für mich. Ich hoffe, dass wir alle an einem Strang ziehen werden."[18] Schwarz-Schilling legte sich mit seiner Fraktion an und trat als Minister 1994 zurück, weil die Kohlregierung ihm zu wenig Druck in Sachen Menschenrechte auf Jugoslawien machte.

Ist die FPÖ/ÖVP-Regierung ein gewünschter Bündnispartner für die Kurdistan-Solidarität?

Einen absoluten Tiefpunkt erreichte die Menschenrechtspolitik der Kurdistan-Solidarität, die an bürgerliche Institutionen in der Europäischen Union appelliert, jetzt beim Gedenken an Ahmet Acar, Sema Alp, Mustafa Kurt und Sinan Karakus, die beim Protest am israelischen Konsulat in Berlin gegen die angebliche Beteiligung des israelischen Geheimdienstes Mossad an der Entführung von Öcalan in die Türkei am 17. 2. 1999 vom konsulatseigenen Sicherheitspersonal erschossen worden waren. Anstatt die Repression des Staates BRD ins Zentrum der Kritik zu rücken, wird Israel verurteilt. Dabei wurden alleine 229 KurdInnen am 17.2.1999, dem Tag der versuchten Besetzung des israelischen Generalkonsulates festgenommen. Gegen mindestens 140 Personen von ihnen läuft ein Ermittlungsverfahren. Parallel zu den Ermittlungs- und Strafverfahren wurden die Daten aller erfaßten KurdInnen vom Landeskriminalamt an die Ausländerbehörde in Berlin gegeben. Die Behörde versendet seitdem Briefe, in denen eine Anhörung zur Ausweisung angekündigt wird. Unabhängig vom bisherigen Aufenthaltsstatus und von der zu erwartenden Strafe. Genug Gründe für eine Kritik am Staatsrassismus der BRD. Aber für die Kurdistan-Solidarität ist die Behauptung einer Komplottbeteiligung von Israel offensichtlich deshalb so wichtig, weil Öcalan dies behauptet - zuletzt in einer Erklärung vom 26.11.99: "Israel hat sich an diesem Komplott beteiligt, um Syrien an sich zu binden. In Bezug auf meine Situation in Kenia glaube ich, dass auch Israel einen Beitrag geleistet haben könnte."[19]
Was auch Öcalan nur vermuten kann, scheint für Teile der Kurdistan-Solidarität bewiesen zu sein. In der Türkei veröffentlichte Tuncay Ozkan Mitte Februar sein Buch "Die Operation" über die Umstände der Entführung Öcalans. Dort beschreibt er detailliert, wie Angehörige des türkischen Geheimdienstes MIT in Antalya von Ausbildern der CIA für das Kidnapping von Öcalan in Kenia gedrillt wurden.
Die Kurdistan-Solidarität Hamburg schrieb in ihrer Grußbotschaft an die Gedenkveranstaltung in Berlin: "Die FreundInnen, die am 17.2. 99 zum israelischen Konsulat gingen, um die Mitschuldigen des Komplotts gegen den Präsidenten Öcalan anzuklagen, konnten nicht ahnen, dass diese ohne Rücksicht in eine Menschenmenge schiessen würden." Israelische Botschaften unterliegen nach zahlreichen Attentaten weltweit verschärften Sicherheitsvorschriften, jüdische Einrichtungen in der BRD ebenso. In Hamburg beispielsweise besteht vor der einzigen Synagoge Parkverbot wegen möglicher Autobomben und das jüdische Altersheim in Hamburg ist von außen nicht zu erkennen. Dass ein israelisches Kon-

sulat in einem Land, in dem antisemitische Anschläge nicht nur auf jüdische Friedhöfe zum Alltag gehören, besonders geschützt werden muss, sollte bekannt sein. Dass als Wachpersonal Rambotypen fungieren, die im Zweifelsfall auch in eine Traube unbewaffneter ProtestiererInnen reinschiessen, gehört zum Sicherheitskonzept. Wir wollen den Gebrauch der Schußwaffen nicht schönreden. Vier DemonstrantInnen sind gestorben. Aber die Fahrlässigkeit und Ignoranz gegenüber Antisemitismus, mit der vor einem Jahr eine Besetzung des israelischen Konsulats versucht wurde, wird in der Kurdistan-Solidarität bis heute geleugnet. Dass Israel, und das auch noch als Gesamtheit, automatisch mitschuldig ist, wenn der türkische Geheimdienst MIT den Chef der PKK kidnappt, wird wider besseres Wissen bis heute behauptet. Martialisch werden alle Widersprüche in der Hamburger Erklärung überspielt: "Das letzte Jahr hat gezeigt, dass die kurdische Bewegung die Stärke entwickelt, auch die härtesten Angriffe abzuwehren."[20] Die Behauptung, der Mossad sei am Kidnapping von Öcalan beteiligt gewesen, wurde zuerst von der Deutschen Presse Agentur, der dpa, verbreitet. Es gibt bis heute keinen einzigen Beleg hierfür - warum Öcalan in Erklärungen immer wieder behauptet, der Mossad und Israel seien beteiligt gewesen, können wir nur vermuten. Einen Beleg liefert er nicht. Aber das Israel irgendwie mitschuldig ist, wird immer wieder gerne auch in der bürgerlichen Presse kolportiert. So hieß es im Bericht der "Berliner Zeitung" zum Niederlegen von Nelken zum Gedenken an die vier Erschossenen vor dem israelischen Konsulat in Berlin: "Öcalan war in Kenia festgenommen und in die Türkei gebracht worden. Nach Spekulationen soll an dieser Aktion auch der israelische Geheimdienst beteiligt gewesen sein."[21]

Auch in Wien gab es am 17.2. eine Kranzniederlegung vor der israelischen Botschaft wegen der Schüsse von Berlin. Israel ist bekanntermassen das erste Land, dass aus Protest gegen die Regierungsbeteiligung der rechtsextremen, antisemitischen FPÖ ihren Botschafter abberufen hat. Die österreichische Initiative für Frieden in Kurdistan erklärte: "Die neue Bundesregierung in Österreich hat in einer gemeinsamen Erklärung ihr Bekenntnis zu Demokratie und dem Schutz der Menschenrechte ausgedrückt. Die VertreterInnen der Initiative für Frieden in Kurdistan erwarten nun, dass dieses Bekenntnis nicht nur innenpolitisch, sondern auch im Ausland in die Tat umgesetzt wird. Wir fordern daher ein aktives Eintreten der österreichischen Bundesregierung für eine politische Lösung des Kurdistankonflikts und die Unterstützung der Friedenspolitik der PKK. In Erinnerung an Sema Alp, Mustafa Kurt, Ahmet Acar und Sinan Karakus und um an diesen traurigen Tag in der Geschichte des kurdischen Volkes zu erinnern, unseren Protest gegen das völkerrechtswidrige Vorgehen der Türkei und der Passivität der EU Ausdruck zu verleihen und als Aufforderung an die österreichische Bundesregierung, ihrer Verantwortung gegenüber den KurdInnen in der Türkei wie auch den in Österreich lebenden kurdischen Mitbürgerinnen gerecht zu werden, veranstaltet die Initiative für Frieden in Kurdistan gemeinsam mit der Vereinigung kurdischer Frauen in Österreich am 17. 2. 2000 um 16.00 Uhr eine Kundgebung mit Kranzniederlegung vor der israelischen Botschaft in Wien." Falsche Völkerrechtspolitik ist hier kombiniert mit Ethno-Pluralismus zu ihrem Endpunkt gekommen, an dem nicht nur bürgerliches Recht, sondern auch offene Antisemiten hofiert und legitimiert werden. Schlimm genug, wenn - wie sonst üblich - die EU aufgefordert wird, sie solle doch bitte in der Türkei für Demokratie und Menschenrechte sorgen. Aber an die FPÖ zu appellieren, ist der - bisherige - Gipfel an volkstümelnder Soli-Politik. Nicht nur in Österreich: Die Informationsstelle Kurdistan in Berlin präsentiert die Erklärung der Initiative für Frieden in Kurdistan auf ihrer Internet-Seite[22]. Ohne Kritik. Trotz aller sonstigen Differenzen hoffen wir, dass die Erklärung und die Kundgebung der Wiener Initiative für Frieden in Kurdistan in der Kurdistan-Solidarität zurückgewiesen wird.

Debatte?

Wir würden uns freuen, wenn unsere Kritik in der Kurdistan-Solidarität zum dringenden Anlass genommen werden würde, über die Entwicklung von PKK und Solibewegung offen zu streiten. Wir haben uns in unserer Kritik von den Artikeln in den iz3w seit 94 von Udo Wolter und Jan Keetmann anregen lassen, die aber weitgehend ignoriert werden. Oder es wird Udo Wolter "Verrat" an der Solibewegung vorgeworfen, wie dies bei der Hamburger Podiumsdiskussion zur Kurdistan-Solidarität am 7. Mai 99 der Fall war. Dort sassen auf dem Podium: Ein Redakteur vom Kurdistan-Rundbrief, eine Journalistin der jungen Welt, sowie Udo Wolter für die iz3w und einer von der gruppe demontage. Im Flugblatt der Kurdistan-Solidarität Hamburg stand dazu: "Wer im Fadenkreuz der staatlichen Repression steht, steht meist auch im Fadenkreuz einer ‚linken Kritik', die nichts weiter ist als Demagogie". Und: "Wir stehen in diesem Sinne Diskussionen ‚über' die PKK mit Schreibtischtätern, die längst objektiv den Interessen der Herrschenden dienen, ablehnend gegenüber. Die vertane Zeit und Kraft, die in solchen Debatten verschwendet würde, kann sinnvoller genutzt werden."[23]. Die Podiumsdiskussion blieb weitgehend im Austausch gegenseitiger Vorwürfe und Kritik stecken[24]. Weite Teile der Kurdistan-Solidarität sahen sich wohl dadurch provoziert, dass ihnen dort antinationale Linke ihr Thema streitig machen würden. Vielleicht entwickelt sich durch diesen Artikel schriftlich eine unaufgeregtere Debatte, zumal die Entwicklung des letzten Jahres ja einiges verändert hat.

Gruppe demontage
Postfach 306 132, 20327 Hamburg

Zum Weiterlesen:

ekan: Dokumentation zur Kurdistan- & Türkei-Solidaritätsarbeit, Texte von 8/97-9/99. 110 Seiten. Bezug: 11,50 DM in Porto an: ekan c/o Antibuch, Mittlere Kanalstraße 19, 90429 Nürnberg.

Kurdistan-Rundbrief: www. kurdistan-rundbrief.de/Informationsstelle Kurdistan: www. nadir.org/nadir/initiativ/isku/

Thomas Uwer/Thomas von der Osten-Sacken: Jeder Kurde eine Bombe, in: jungle world 11/99

Udo Wolter: Brennen für Öcalan, in: konkret 4/99; Zahlreiche Artikel in der jungle world: In der Migrantenfalle, in: Nr. 13/98; Apo in Roma, in: Nr. 47/98; Antreten zur neuen Weltordnung, in Nr. 35/99; Prügeln für die Zivilgesellschaft, in Nr. 02/00

gruppe demontage: Solidarität nur an der PKK vorbei, in: blätter des iz3w 243; Postfordistische Guerrilla - Vom Mythos nationaler Befreiung, 292 Seiten, 29,80 DM, Unrast Verlag, 2. Auflage Mai 99; Gegen die Unterstützung der Militärdemokratur in der Türkei - Für eine Solidarität jenseits von "Völkerrecht" und "Volk", Flugschrift, nachgedruckt in: Interim 467, 14.01.99; Zeck 76, 1/99; Die Linke und ihre Stunde Null - Ein Reisebericht der gruppe demontage. In: Willi Bischof/Irit Neidhardt (Hg.): "Wir sind die Guten - Antisemitismus in der radikalen Linken", Unrast, 2000.

Nachdruck aus: "graswurzelrevolution" Nr. 248, April 2000.
Auszug aus dem in Kopien zirkulierenden demontage-Papier "Solidarität jenseits nationalen Denkens? - Die Entwicklung in der PKK & die Kurdistan-Solidarität in der BRD"

Anmerkungen

1 Zitiert nach: Kritik an Öcalans Aufruf, von A. Seanuzdemir, in: UZ 37/99, 17.9.99
2 An das Präsidium des Kassationsgerichtshofs, Imrali, den 21. Oktober 1999, Erklärung von Abdullah Öcalan. Übersetzung der Informationsstelle Kurdistan.
3 Zitiert nach: Die PKK kapituliert - Ein Deal auf dem Rücken des Widerstands. Von Knut Rauchfuss, in: SOZ 13/99, 24.6.99
4 Unser höchstes Ziel ist das Zusammenleben von Türken und Kurden. Interview mit Osman Öcalan von Inga Rogg, NZZ 28.10.99
5 rül: Vorspann zum Osman-Interview, in: Kurdistan-Rundbrief 22/99, 3.11.99
6 rub, rül: Redaktionelles, in: Kurdistan-Rundbrief 23/99, 17.11.99
7 Wer kritisiert die PKK? Interview mit Selahattin Çelik von Jörg Hilbert, in: junge Welt, 25.9.99
8 www. sosyalist.de/Kurdistan
9 Noch einmal: ERNK zu Çelik, in: Kurdistan-Rundbrief 26/99, 29. 12. 99
10 Der "Dringende Appell" ist nachgedruckt in: kurdistan-aktuell 74/75, 7-9/99.
11 Beide Artikel zitiert nach ekan: Dokumentation zur Kurdistan- und Türkei-Solidaritätsarbeit, Oktober 1999, Seite 89-92.
12 Reuters-Meldungen vom 10. & 27.11.99, zitiert nach: : kurdistan-aktuell 74/75, 7-9/99.
13 Paul J. White: The PKK's Role in Nation-Building.

Unveröffentlichtes Kongreß-Papier. Erscheint in: Kurdistan-AG im AstA der Freien Universität Berlin (Hg.) (voraussichtlich 2000): Between Imagination & Denial - KurdInnen als Subjekte und Objekte politischer und sozialer Prozesse. Sammelband zum Kongreß.

14 Ismet G. Imset: The PKK. A Report on Separatist Violence in Turkey, 1992, Ankara, Turkish Daily News Publications. Zitiert nach dem Vortrag von Paul J. White.

15 Selahattin Çelik: Der PKK droht ein Fäulnisprozess, Interview von Peter Nowak, in: Freitag 8/00, 18.2.00

16 Präsidialrat der PKK, 11. 12. 99: Zur EU-Beitrittskandidatur und - Mitgliedschaft der Türkei, in: Kurdistan-Rundbrief 26/99, 29. 12. 99

17 öhl: Gemischte Gefühle, in: FR 4. 1. 00

18 Es ist wichtig, daß wir uns einmischen. Interview mit Claudia Roth, in: Hessisch-Niedersächsische Allgemeine, 10. 12. 98

19 Abdullah Öcalan: Wer war an dem Komplott beteiligt?, in: Kurdistan-Rundbrief 25/99, 15.12.99

20 Zitiert nach: www.nadir.org/nadir/initiativ/isku/

21 Marlies Emmerich: Nelken erinnern an die vier erschossenen Kurden, in: Berliner Zeitung, 18.2. 00

22 www.nadir.org/nadir/initiativ/isku/erklaerungen/2000/02/09.htm

23 Das Flugblatt "Deutsche Kritik..." der Kurdistan Solidarität Hamburg ist nachgedruckt in: Lokalberichte Hamburg Nr. 8/99, 27.4.99

24 Die vier Eingangsstatements liegen als Radiosendung beim Hamburger linken Radio FSK vor. Sendetermin war der 17. 6. 99, 14-16 Uhr.

Club 88 - the very last bullshit

Seit mittlerweile fast vier Jahren existiert im schleswig-holsteinischen Neumünster die Nazi-Kneipe Club 88, die sich im Laufe der Zeit immer mehr zu einem wichtigen (öffentlich zugänglichen) Nazi-Treffpunkt in Schleswig-Holstein entwickelt hat. Der Name des Clubs ist zugleich Programm: Die „8“ steht als Code für das „H“, den achten Buchstaben im Alphabet. Zusammen mit dem Slogan „the very last resort“ ergibt sich im faschistischen Sprachgebrauch die Losung „Heil Hitler - der allerletzte Ausweg“. Die Kneipe befindet sich im Stadtteil Gadeland, der schon in den 80er Jahren als rechte Hochburg Neumünsters galt.

Der Club 88 trat die Nachfolge der Nazi-Kneipe Zum Kelten in Itzehoe an, welcher der schleswig-holsteinischen Fascho-Szene zuvor als überregionaler Treffpunkt diente und aufgrund antifaschistischer Proteste dichtmachen musste. Konzessionsinhaberin ist Christiane Dolscheid aus Neumünster, die den Club bislang gemeinsam mit dem Neumünsteraner Nazi-Schläger Tim Bartling betrieb. Der 29-jährige Zeitsoldat unterhält beste Beziehungen zu der Tostedter Nazi-Clique um Sascha Bothe, die neuerdings als Blood & Honour-Sektion Nordmark (die internationale Blood & Honour-Szene wird in England und Schweden für Anschläge auf Linke und Gewerkschafter verantwortlich gemacht) auftritt und zum Aktionsbüro Norddeutschland um die Hamburger Neonazi-Chefs Thomas Wulff und Christian Worch (Ex-Nationale Liste). Als gebürtiger Däne pflegt Bartling dank seiner Sprachkenntnisse auch intensive Kontakte zur dänischen Nazi-Szene. Inzwischen wurde er als Mitbetreiber des Club 88 von Jan Steffen Holthusen, seines Zeichens Mitarbeiter der Hamburger Nazi-Postille Hamburger Sturm, abgelöst.

Die MacherInnen des Club 88 sowie der überwiegende Teil seiner Klientel sind eng in die Strukturen der sog. Freien Nationalisten eingebunden. Zudem unterhalten sie enge Beziehungen zu den militanten Hammerskins um den Lüneburger Sven Grewe, einer international operierenden Neonazi-Elitetruppe. Der Club 88 wird allerdings ebenso von parteipolitisch organisierten Jung-Nazis wie den Jungen Nationaldemokraten (JN) oder den im Bündnis Rechts für Lübeck bzw. Kiel organisierten Faschos genutzt. Auch Christiane Dolscheid ist seit vielen Jahren in der militanten Nazisszene aktiv; so fungiert sie als Ortsgruppenleiterin des Skingirl-Freundeskreises Deutschland (SFD) sowie als Autorin für das Skingirl-Fanzine Walküre und den Hamburger Sturm. Ausserdem betätigte sie sich bei den diversen Nazi-Aufmärschen der letzten Zeit als Sanitäterin in der Nazi-Sanitätsorganisation Braunes Kreuz sowie als Anti-Antifa-Fotografin.

Trotz seiner bescheidenen Größe (max. 40 Leute plus Gartennutzung), avancierte der Club 88 in den dreieinhalb Jahren seiner Existenz zu dem Treffpunkt der militanten Nazi-Szene Norddeutschlands. Anfänglich diente er als Treffpunkt der regionalen Fascho- und ihrer Sympathisanten-Szene als Ort, an dem sie sich ungestört komatösen Besäufnissen und ihrer Nazi-Musik hingeben konnten. Des weiteren bietet der Laden einen regen Nazidevotionalien-Handel: die KameradInnen können hier ihren Bedarf an CD`s, Schirmmützen, Kapuzenpullis, T-Shirts, Fanzines und anderem Propaganda-Material decken. Ausserdem sind hier Infos über anstehende Nazi-Konzerte, Veranstaltungen und Aufmärsche erhältlich.

Die richtige Stimmung kommt aber erst bei den Konzerten im Clubhaus auf: Mit „einer schönen Ballade zu Ehren der Waffen-SS“ begann der Rostocker „Liedermacher“ Andrè Lüders seinen Live-Auftritt im vergangenen September. Die Kameraden waren begeistert. Zu solcherlei Anlässen platzt der Club zwar aus allen Nähten, aber da sich in der Nachbarschaft niemand daran stört, werden Partys auch mal auf die Straße vor dem Club ausgedehnt. So fanden sich beispielsweise zur Feier zum dreijährigen Bestehen des Clubs im Oktober letzten Jahres rund 250 Nazis ein. Gehindert wurden sie daran zu keiner Zeit. Unter den Partygästen finden sich durchaus Neonazis aus dem benachbarten Ausland, v.a. aus Dänemark und Schweden, aber auch aus Holland oder Österreich. Gedankt wird den Club-ManagerInnen mit begeisterten Party-Berichten in diversen Skin-Zines und Szeneblättern. Die Herausgeber des Hamburger Sturm preisen den Club gern als „unser Sturmlokal“ an. Die weitverbreitet auftauchenden Aufkleber und Klamotten mit dem Club 88-Emblem tragen ihrerseits zu Bekanntheitsgrad der Kaschemme bei.

Der Club 88 fungiert als die ideale Schnittstelle zwischen rechter Subkultur auf der einen und stramm organisierter Politszene auf der anderen Seite: neben seiner Funktion als Party-Treff nimmt der Club 88 eine wichtige Rolle innerhalb des organisierten Nazi-Spektrums ein. Dies wird z.B. deutlich bei der Organisation und Durchführung von Demonstrationen, nicht nur, aber v.a. im norddeutschen Raum. Ob Elmshorn, Lübeck, Hamburg, Rostock oder Kiel: keine Veranstaltung, kein Aufmarsch der militanten Naziszene findet mehr statt ohne die Leute vom Club 88, sei es als einheitlich gekleideter Block innerhalb des Demozuges oder gar als Organisatoren und RednerInnen. Oftmals werden Aufmärsche auch von der Neumünsteraner OrdnerInnen Truppe begleitet.

Ein weiteres „Rekrutierungsfeld“ der Strukturen rund um den Club stellt das Organisieren von Fußballturnieren dar. Im August vorigen Jahres fand das erste vom Club 88 organisierte Skinhead-Fußball-Turnier auf dem örtlichen Sportplatz des Vereins ETSV Gut Heil mit 100 Teilnehmern statt. In den Jahren davor nahm das 88-Team stets am Skinhead-Turnier in Tostedt (Nordheide) teil. Mittlerweile finden in Neumünster des öfteren am Wochenende Kicker-Nachmittage im Stadtteil Faldera statt, an denen sich das 88- Team mit Kindern und Jugendlichen aus dem Viertel zum Fußballspielen trifft. Eltern und NachbarInnen sind zufrieden, ihre Gören mal für `n paar Stunden los zu sein und die aufopferungsvollen Nazi-Glatzen machen sich beliebt...

Mit dem Hinweis auf die „Argumentationshilfe für rechte Gewalt“ verzichtet die Club 88-Szene in Neumünster angeblich auf „militante Aktionen“, um die weitere ungehinderte Existenz ihres Szene-Ladens nicht zu gefährden. Abgesehen davon, dass es auch in Neumünster immer wieder zu Angriffen und Drohungen gegen Menschen kommt, die sich öffentlich gegen den Club 88 bzw. für die sofortige Schließung des Ladens einsetzen, oder die einfach nur rein äußerlich nicht in das „extrem Deutsche Weltbild“ passen, passiert in Neumünster rein gar nichts. Abgesehen von wenigen verharmlosenden bzw. bewusst negierenden Äußerungen einzelner Stadtoberen ob der „ihnen ja so gebundenen Hände“, weil die „Jugendlichen ja nichts Verbotenes“ täten, scheinen sich in Neumünster selbst nur sehr wenige Menschen überhaupt darüber zu wundern, dass der Club 88 immer noch existiert.

Entnommen dem Aufrufflugblatt zur Demo gegen den Club 88 am 24.6.00

Flora Programm Juli 2000

Sonntag	2.7.	15.00 Uhr	Drumcircle - Trommeln für alle Interessierte, keine Vorkenntnisse erforderlich. Instrumente bitte mitbringen. 1.Stock
		21.00 Uhr	Frauenpunkkonzert: Flamingo Massacre (Nürnberg), „you killed me first" (HH), the Haggard (USA)
Montag	3.7.	19.00 Uhr	Massenarbeitslosigkeit - Überschuldung - Globalisierung. Vielseitige Probleme, eine Lösung: Herunter mit Lohn- und Lebensstandard der breiten Massen!? Diskussionsveranstaltung mit Peter Decker
Dienstag	4.7.	18-23.00 Uhr	Dub Cafe - Roots Commandment
		21.00 Uhr	Film: Grenzcamp 1999 in Zittau
Donnerstag	6.7.	21.00 Uhr	HC-Konzert: ebola (UK), 125 rue mon matre (D), schikari (NL)
Freitag	7.7.	22.00 Uhr	Benificio para „Las Minas" quemada: Konzert mit Panteón Rococó (Mexico), anschließend Salon de Baile. Soli für das abgebrannte Autonome Zentrum „Las Minas" im Baskenland
Samstag	8.7.	22.00 Uhr	„the first dropout": Prozesskostenbeschaffungsmaßnahme 1st floor Eule (U-site system) Technotrance 2nd floor ??
Montag	10.7.	22.00 Uhr	Skandinavian hc-night: JR Ewing (N), eight days of nothing (S) & more
Dienstag	11.7.	18-23.00 Uhr	Dubcafe - weed acoustix
Freitag	14.7.	22.00 Uhr	Soliparty für EA Hamburg und Clemens aus Berlin
Samstag	15.7.	22.00 Uhr	Shanty Town Anniversary
Sonntag	16.7.	21.00 Uhr	Vollmondorchester
Dienstag	18.7.	18-23.00 Uhr	Dubcafe - Ire Hifi
Freitag	21.7.	21.00 Uhr	LIZ-Punk + Ska Festival: 4 Bands, Vokü, Filme
Dienstag	25.7.	18-23.00 Uhr	Dubcafe - Ital-Acoustix
Samstag	29.7.	22.00 Uhr	Schwullesbische Soliparty für den Hamburger Frauenbuchladen Happy Housemix & easy listening



regelmäßige termine:

Montag	**Kochsession veganes essen**	**ab 19Uhr**
Montag	**offene Motorradwerkstatt-schrauben und klönen**	**ab 17Uhr**
Montag&Donnerstag ...	**Archiv der sozialen Bewegungen, Tel.433007**	**16-19Uhr**
Dienstag	**Dubcafe**	**18-23 Uhr**
Donnerstag	**Kochkollektiv veganes essen**	**ab 19 Uhr**
1.Freitag im Monat	**epicenta club**	**ab 23 Uhr**
1.Samstag im Monat ...	**Frühstück**	**ab 12 Uhr**